

UNABHÄNGIGE Bauernstimme

November 2002 Nummer 250
K 12858 / 3,00 €

Eine Zeitung von Bäuerinnen
und Bauern



Foto: V. Strohmaier

Nach Altenkirchen!
22. - 24.11.

Nun muss die Saat aufgehen!
Renate Künast beim Pflanzen eines Grundstocks der Agrarwende vor anderthalb Jahren im schwäbischen Biberach.

Schwerpunkt

„Will viel Reformen“

Die neue alte Ministerin Künast erklärt im Interview mit der Bauernstimme Bereitschaft, Bürokratie für Bauern zu reduzieren, und übt Kritik an der bisherigen Prämienverteilung. **Seiten 6 und 7**

Abwartende Begrüßung

Beurteilungen von Bäuerinnen und Bauern zum Start der zweiten Amtszeit von Renate Künast reichen von harscher Kritik an zu viel Bürokratie bis zur Chance, nun falsche Ausrichtungen der letzten Jahrzehnte zu korrigieren. **Seite 12 und 13**

Politik

Hoffen und Bangen

Während Fischler in Brüssel für seine EU-Agrarreform Rückenwind erhält, braut sich in der deutschen Steuerpolitik manch Ungemach für Bäuerinnen und Bauern zusammen. **Seite 3**

Die Herausforderung

Es gibt keine Alternative zur EU-Osterweiterung, aber eine enttäuschende Bilanz der bisherigen Programme. Gefordert wird eine integrierte ländliche Entwicklung auf der **Seite 11**

Bewegung

Nachbau

Viel bewegt sich beim Thema Auskunftspflicht und Nachbaugebühren. Der zweite Prozess in Luxemburg ist eröffnet, Berlin diskutiert Gebührenmodelle und bei genossenschaftlichen Aufbereitern wird über die Auskunft gestritten. **Seite 5**

Einführung aufgeschoben

Noch keine Einigung zur Zulassung von Gentechnik in Brüssel. **Seite 4**

Weitere Themen:

Pflanzenschutz **Seite 10**, Tierseuchen **Seite 14**, Tag der Regionen **Seite 15**, Ostdeutschland **Seite 17**, Kultur **Seite 18** und vieles mehr

Geklärt haben sie die finanzielle Obergrenze für die Agrarmarktausgaben und Direktzahlungen. Nicht weniger, aber auch nicht mehr. Nachdem die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten die Finanzlage soweit vorgegeben haben, kann, muss und wird es nun darum gehen, wie und wann inhaltliche Änderungen vorgenommen werden. Mitnichten ist die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik vom Tisch, das werden die nächsten Monate noch zeigen. Daran ändert auch die eilig ausgegebene Losung der alten Besitzstandswahrer nichts, die Reform sei EU-Kommissar Fischler aus der Hand geschlagen. Sie werden sich noch wundern. Fischler hat nach dem Gipfel in all seinen Reden betont, dass er, der konservative Österreicher, an seinen weitgehenden Änderungsvorschlägen festhält. Lediglich der zeitliche Druck, der bisher darin bestand, dass mit den Agrarvorschlägen gleich auch die finanzielle Frage der Osterweiterung beantwortet werden sollte, ist nun gemildert. Deshalb wird Fischler die konkreten Gesetzgebungsvorschläge für Reformen wohl nicht



– wie bisher angekündigt – vor dem Kopenhagener EU-Gipfel Mitte Dezember vorlegen, sondern erst Anfang nächsten Jahres.

Selbst der französische Agrarminister Gaymard hat sich nach dem Gipfel bemüht, keine falschen Erwartungen der alten Agrarlobby zu nähren, und angekündigt, in den nächsten Monaten Verhandlungen über „Anpassungen“ der EU-Agrarpolitik aufzunehmen. Das gibt ohnehin sowohl die Agenda 2000 vor (Stichwort Halbzeitbewertung), das erfordert das Auslaufen bestimmter Marktordnungen

KOMMENTAR

Und nun die Reform!

(Beispiel Zucker), und nicht zuletzt befinden wir uns in der heißen Phase der Agrarverhandlungen bei der Welthandelsorganisation WTO. Alles andere als Zeiten, sich gemächlich zurückzulehnen und vorzugaukeln, man sei auf der sicheren Seite und alles könne so weitergehen wie bisher.

Kann es nicht, und sollte es auch nicht. Nicht nur international, sondern auch in der Gesellschaft gefährdet ein „Weiter so“ die Bereitschaft, die Anliegen der europäischen Bauern und Bäuerinnen ernst zu nehmen, wenn denn die gesellschaftlichen Anliegen nach einer umwelt-, sozial- und tiergerechten Land- und Ernährungswirtschaft in den Wind geschlagen werden. Und – es muss leider immer wieder erinnert werden – auch innerhalb der Landwirtschaft ist ein Festkrallen am Alten gegen die Interessen der Mehrheit der Bauern und Bäuerinnen gerichtet. Neue Zahlen der EU-Kommission geben davon eine Ahnung: Danach teilen sich 7 % der Betriebe in der EU 50 % aller Direktzahlungen. Mit der anderen Hälfte müssen sich „die restlichen“ 93 % Betriebe begnügen. In Deutschland sieht es nicht besser aus: 1 % der Betriebe teilen sich 30 % der Zahlungen.

Nicht schlecht für die „Gewinner“, für die Mehrheit untragbar. Fischlers Vorschlag, durch die Bindung der Prämien an Arbeit und Umwelt statt an Produktionsumfang zu mehr Gerechtigkeit zu kommen, weist auch deshalb in die richtige Richtung.

„Ich will möglichst viel Reform“ sagt Ministerin Künast in dieser Bauernstimme, sie will z.B. die Modulation auf EU-Ebene. Unsere Unterstützung dabei hat sie, nur reicht es eben nicht, sie sich zu denken. Die Kollegen, Nachbarn, die Öffentlichkeit müssen auch davon erfahren, wer für notwendige Reformen eintritt. Wir haben gewichtige Gründe, gute Argumente und in der Gesellschaft – bei uns wie europaweit – viele Mitstreiter. Es wird ein spannender Winter.

Ulrich Jasper,

Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft



in Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Ev. Jugend im ländlichen Raum

AbL-Geschäftsstelle, Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststr. 28, 21335 Lüneburg, ☎ 04131-407757, Fax: -407758

Bundesmitgliederversammlung und agrarpolitische Tagung

vom 22. bis 24. November 2002 in Altenkirchen/Westerwald



Mit EU-Agrarkommissar Dr. Franz Fischler.

Freitag, den 22. November

- | | |
|----------------------|--|
| Bis 14 Uhr | Anreise, Kaffee, Tee, Kuchen |
| 15 Uhr bis 16.30 Uhr | „Agrarpolitik nach den Bundestagswahlen – Ein kritischer Ausblick“
Es diskutieren
Staatssekretär Alexander Müller (BMVEL),
Staatssekretär Thomas Griese (NRW),
Bundestagsabgeordneter Friedrich Ostendorff |
| 17 Uhr bis 19 Uhr | „Die EU-Agrarreform“ –
Eine Chance für die bäuerliche Landwirtschaft?
Vortrag und Diskussion mit EU-Agrarkommissar Dr. Franz Fischler
Kurze Vorstellung der Fachgruppen für die Diskussionsforen Samstag. |
| 20 Uhr 15 | Treffen AbL-Frauen, AK Morgenland, IG Nachbau, IG Boden, Bauernblatt- Verlags-Gesellschafterversammlung |



Samstag, den 23. November

- | | |
|-----------------|--|
| 9 bis 11 Uhr 45 | Diskussionsforen:
I. Milch: Der Milchmarkt am kritischen Wendepunkt
II. Regionen aktiv: Erfahrungen, Fehler, Fortschritte in den Modellregionen
III. Gentechnik: Gentechnikfreie Landwirtschaft – Wunschdenken oder umsetzbare Notwendigkeit?
IV. Bioanbau: Bäuerlich und Bio – wie passt das zusammen? |
| 13 Uhr 15 | AbL-Mitgliederversammlung , Vorstandswahl usw. |
| 20 Uhr 30 | Bunter Abend |

Sonntag, den 24. November

- | | |
|----------|---|
| 8 Uhr 30 | Gemeinsames Frühstück, anschließend Abreise |
|----------|---|

Alle AbL-Mitglieder erhalten eine schriftliche Einladung. Gäste sind herzlich willkommen. Tagungsbeitrag 75 €. Für Kinderbetreuung wird gesorgt.

Verbindliche Anmeldung bis 10. Nov. an die AbL-Geschäftsstelle (s.o.).

Zur Bundes-Mitgliederversammlung in Altenkirchen fährt auch heuer wieder ein Bus der AbL-Landesverbände Bayern und Baden-Württemberg. Folgende Haltestellen werden angefahren: Altötting am Kreishallenbad ca. 4.45 h – Dasing bei Augsburg, Bahnhof ca. 7.00 h – Leipzig bei Günzburg, Bahnhof ca. 8.00 h – Randersacker b. Würzburg, Autobahnraststätte ca. 10.15 h. Die genauen Zeiten sowie weitere Informationen gibt's bei der Anmeldung bei Andreas Remberger. Tel. 08679-6474, Fax -9130145, e-mail AbL-Bayern@web.de

EU-Rat hat grobe Finanzplanung geklärt

Ausgaben für Agrarmarkt und Direktzahlungen weniger scharf als erwartet begrenzt. Kein „Deckel“ für 2. Säule. Diskussion um inhaltliche Reform bleibt aktuell

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten haben sich auf eine grobe Finanzplanung für bestimmte Haushaltsbereiche der Jahre 2006-2013 geeinigt. Trotz der angestrebten Erweiterung der Europäischen Union um zehn bis dreizehn mittel- und osteuropäische Staaten wird der EU-Haushalt für die Agrarmarktordnungen (z.B. Intervention, Exportsubventionen) und für die Direktzahlungen an Landwirte ab dem Jahr 2006 höchstens um jährlich 1 % steigen, so die Einigung. Ausgangslage ist dann 2006 eine Summe von 45 Mrd. Euro. In den vergangenen Jahren lagen die tatsächlichen Ausgaben unter der Obergrenze.

25 %-Start für Neulinge

Aus der Summe sind auch die Direktzahlungen an die Betriebe in den Beitrittsländern zu finanzieren, die dort ab 2004 schrittweise eingeführt werden sollen. Im Jahr 2004 sollen 25 % des in der derzeitigen EU geltenden Zahlungsniveaus gezahlt werden, dann bis 2007 in 5%-Schritten und ab 2008 in 10%-Schritten ansteigen, so dass im Jahr 2013 ein einheitliche Beihilfeniveau in der EU erreicht wäre. Mit diesem „phasing in“ in den mittel- und osteuropäischen Ländern wird spätestens ab 2007 ein Abbau der Zahlungen in den Ländern der heutigen EU einhergehen müssen, um die Obergrenze einzuhalten. Über die Art und

Weise, wie die Gelder umgeschichtet werden, haben die Regierungschefs keinerlei Festlegung getroffen.

2. Säule ohne Deckel

Keine finanzielle Obergrenze hat die so genannte zweite Säule der EU-Agrarpolitik erhalten. Gleichzeitig enthält der Abschlusstext des EU-Rates einen deutlichen Hinweis auf die Erzeuger in benachteiligten Regionen sowie auf die „multifunktionale Landwirtschaft“, die in allen Gebieten der EU „aufrechterhalten“ werden soll. Agrarkommissars Franz Fischler hat die Ergebnisse des Rates denn so interpretiert, dass die zweite Säule auszubauen ist.

Reform bleibt aktuell

Entgegen vieler Äußerungen bestimmter Interessengruppen hat der Rat Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) keineswegs zu den Akten gelegt, sondern ausdrücklich im Text „Künftige Beschlüsse über die GAP“ angekündigt. Es stehen auch vor 2007 etliche Marktordnungen auf dem Prüfstand. Ebenso enthält der Text einen Hinweis auf die WTO-Verhandlungen, die die EU-Agrarpolitik unter Druck bringen. Der Streit in Europa geht nun also auf der inhaltlichen Ebene weiter, und das nicht weniger hart als bei den Finanzen. *uj*

Koalition dreht an Steuerschraube

Die geplante Abschaffung von Steuerbegünstigungen in der Landwirtschaft könnte sich als Eigentor erweisen – mit erheblichen Auswirkungen für kleine Betriebe.

Bei den Koalitionsverhandlungen haben sich SPD und Grüne auf einschneidende steuerpolitische Änderungen verständigt, die auch die Landwirtschaft betreffen. Muss Finanzminister Eichel doch im kommenden Jahr ein Haushaltsloch von 14,2 Mrd. Euro stopfen.

Abschaffung von Pauschalierungen

Nun hat das Bundesfinanzministerium überschlagen, dass durch die Streichung der Besteuerung nach Durchschnittssätzen gemäß §24 Umsatzsteuergesetz (Umsatzpauschalierung) im nächsten Jahr Mehreinnahmen von 170 Mio. Euro zu erwarten sind und in den folgenden Jahren bis 2006 jeweils rund 200 Mio. Euro. Wegfallen soll zudem die Gewinnermittlung im schematisierten Verfahren nach Durchschnittssätzen gemäß §13 a Einkommenssteuergesetz (Durchschnittsbesteuerung), wodurch nach ersten Berechnungen jedoch nur 10 Mio. Euro in 2004 sowie 20 bzw. 30 Mio. Euro in den Jahren 2005 bzw. 2006 an Mehreinnahmen zu erwarten sind. Der Präsident des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz Süd (BWV), Norbert Schindler, gab zu bedenken, dass die Durchschnittsbesteuerung eingeführt worden sei, damit die minimalen Steuererträge von kleinen, extensiven Betrieben – nur Kleinbetriebe bis 20 ha LF und 50 VE können da-

von profitieren – nicht durch den bürokratischen Aufwand auch für die Finanzverwaltungen übertroffen werden. Die erwarteten Mehreinnahmen von 10 Mio Euro bezeichnete Schindler als weit unter der „Fühlbarkeitsgrenze“ von Finanzminister Eichel. Für einen mittleren landwirtschaftlichen Betrieb bedeute das laut Schindler dagegen Mehrkosten von 500 bis 1.000 Euro, was bei der derzeitigen Einkommenssituation der kleinen Familienbetriebe einem „Faustschlag ins Gesicht“ gleichkomme.

Anhebung der ermäßigten Umsatzsteuer

Weiter schlägt das Finanzministerium vor, den ermäßigten Umsatzsteuersatz auf landwirtschaftliche Vorprodukte von derzeit 7 % auf den üblichen Mehrwertsteuersatz von 16 % anzuheben. Bundesumweltminister Trittin ließ sich bei der Talkshow von Sabine Christiansen sogar zu der Aussage verleiten: Es sei nicht einzusehen, „warum die Landwirte für ihren Chemiedünger nicht 16 % Mehrwertsteuer bezahlen sollen“. Nun, mit diesem Vorstoß schoß der Minister ein Eigentor, wie ihm Bauernverbandspräsident Gerd Sonnleitner umgehend schriftlich mitteilte. Wäre der Minister gut informiert gewesen, hätte er wissen müssen, dass für Pflanzenschutzmittel und Dünger längst 16 % fällig sind, ebenso wie für Diesel, Repa-

raturen, Ersatzteile, Maschinen und Baumaterial. Lediglich natürlicher Dünger, Saatgut, Futtermittel und Vieh unterliegen der ermäßigten Steuer. Doch nicht nur das. Ist die Umsatzsteuer doch so angelegt, dass sie vom Endverbraucher, sprich Konsumenten, getragen wird, für den landwirtschaftlichen Unternehmen also nur ein durchlaufender Posten ist, so dass sich bei gleich bleibenden Verkaufspreisen keine Belastung für die Landwirtschaft ergibt. Betroffen von dieser Maßnahme wären jedoch die Direktvermarkter.

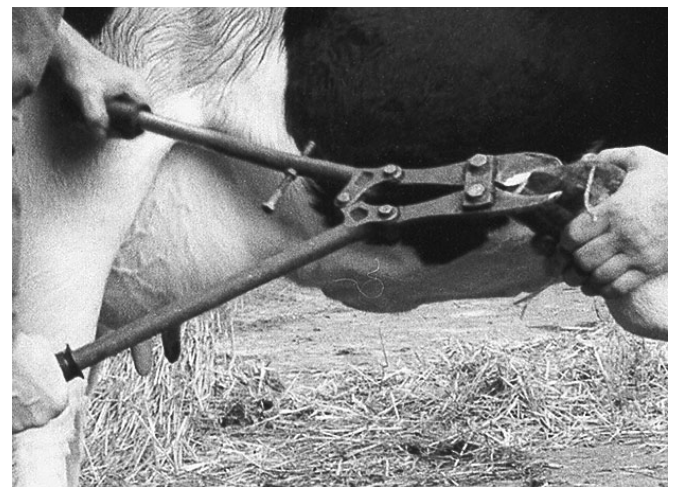
Viel Aufwand für Nichts

Nach den Berechnungen des Bauernverbandes überschätzt der Staat die Einnahmen durch die Anhebung der Umsatzsteuer, wenn gleichzeitig die Umsatzpauschalierung abgeschafft wird. So wird die Pauschalierung nach Schätzungen heute von rund 80 bis 90 % aller Betriebe angewandt, und 75 % aller Umsätze machen pauschalierende Betriebe. Der große Vorteil liegt in der Vereinfachung des Verfahrens für die Betriebe. Wegfall der Pauscha-

lierung bedeutet vor allem mehr Bürokratie und Verwaltungsaufwand. Und das trifft vor allem die kleinen Betriebe mit ohnehin schon hoher Arbeitsbelastung hart.

Aus diesem Grund habe die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) eine prinzipielle Buchführungspflicht in der Landwirtschaft bisher immer abgelehnt, so die AbL-Bundesvorsitzende Maria Heubuch, Milchbäuerin im Allgäu. Zugleich sieht sie ihre Region von einem möglichen Anstieg der Mehrwertsteuer von 7 auf 16 % besonders betroffen, weil die kleinen, meist reinen Grünlandbetriebe auf den Futtermittelkauf einfach angewiesen seien.

Stellt sich also die Frage, ob die Koalition die weitreichenden Folgen beim Drehen an der landwirtschaftlichen Steuerschraube überhaupt im Blick hat: eine weitere Beschleunigung des Strukturwandels ohne nennenswerten Gewinn für den Staatshaushalt. *we*



Der Staat möchte angesichts der Finanzmisere bei den steuerpolitischen Sonderregelungen in der Landwirtschaft etwas abknapsen. Doch ob bei den Kleinen wirklich etwas zu holen ist? Foto: Eisenberg

Rettet unser Saatgut



Im Namen von 70.000 Einzelpersonen und über 300 Organisationen mit 25 Millionen Mitgliedern überreichte Benedikt Haerlin von der Zukunftsstiftung Landwirtschaft eine Petition an die EU Kommissare David Byrne und Franz Fischler. Gefordert wird auch in Zukunft konventionelles und ökologisches Saatgut frei von gentechnischen Verunreinigungen zu halten. Nach Plänen der Kommission soll Saatgut bis zu 0,7 Prozent Verunreinigung als gentechnikfrei gelten. „Diese Richtlinie ist eine Lizenz zur gentechnischen Verschmutzung hinter dem Rücken der Betroffenen“, so Benedikt Haerlin.

Erfolg fürs Alte Land

Im „Alten Land“ bei Hamburg haben Obstbauern und Bürgerinitiativen einen ersten Erfolg in ihrem Kampf gegen die Zuschüttung des Watts „Mühlenberger Loch“ durch den EADS-Flugzeugbau-Konzern und den Bau einer Startbahn für den neuen Riesen-Airbus mitten in die Obstbäuerdörfer errungen. Das Landgericht erklärte die Planfeststellung des Hamburger Senats für rechtswidrig – ein mutiger Beschluss angesichts des ökonomischen und politischen Drucks nicht nur in der Hansestadt. Dem Antrag der Bürgerinitiative, bis zum Entscheid des Oberverwaltungsgerichtes einen Baustopp zu verhängen, mochte das Landgericht allerdings nicht stattgeben. Die Gegner des Bauprojekts wollen parallel zum laufenden Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof ihr Recht einklagen. pm

Nitrofen-Klage gegen Raiffeisen

Unternehmen der Raiffeisen-Gruppe sowie Behörden auf Kreis- und Landesebene sollen angeblich bereits Jahre vor dem Bekanntwerden der Nitrofen-Belastung des Weizens in der Malchiner Lagerhalle gewusst und nichts unternommen haben. Dies behauptet die vom ehemaligen Greenpeace-Chef Thilo Bode gegründete Verbraucherschutz-Organisation foodwatch, die jetzt Strafanzeige gegen die Raiffeisen-Hauptgenossenschaft Nord (HaGe Nord) und die auch zum Raiffeisen-Verband gehörende Norddeutsche Saat- und Pflanzgut AG (NSP) erstattete. Die Vorwürfe lauten auf Körperverletzung, Betrug, unerlaubten Umgang mit gefährlichen Abfällen und Verstoß gegen das Futtermittelgesetz. Insgesamt 100.000 Tonnen Getreide seien durch die nitrofenbelastete Getreidereinigung gelaufen und in den Nahrungskreislauf gelangt. Ein Brandenburger Pressesprecher erklärte, Hallen für Futtermittel müssten nicht behördlich genehmigt werden. pm

Teure Gentechnik

Die Einführung von Gentech-Pflanzen in den USA war ein finanzielles Desaster, so eine Studie der Soil Association. Entstanden seien gesellschaftliche Kosten in Höhe von 5,6 Mrd. Dollar, durch Kontamination anderer Kulturpflanzen, durch Zahlung von Subventionen für niedrigere Preise, durch rückläufige Abnahme von US-Produkten seitens europäischer Verarbeiter (die gentechfreie Ware wollen) und durch den vollständigen Rückruf eines Gentech-Produkts. pm

Neuer Castor-Transport im November

Gleich zwölf Castoren sollen in einem Transport Anfang November von La Hague ins wendländische Gorleben rollen. „Auch wir lassen uns das Demonstrationsrecht nicht nehmen! Wir kommen ins Wendland und stellen uns quer!“ kündigt die BI Lüchow-Danneberg an. Auch in der Bäuerlichen Notgemeinschaft werden bereits Aktionen geplant.

KURZES AM RANDE

Entscheidung vertagt

Keine Einigung erzielten EU-Umwelt- und Agrarminister über die weitreichende Einführung von Gentechnik in der Landwirtschaft. Statt Richtlinien zuzustimmen erkannten einige Minister erst, wie schwierig ein Nebeneinander von Gentechnik und herkömmlicher Landwirtschaft zu regeln wäre

Die Gentechnikpolitik der Europäischen Gemeinschaft schwankt weiterhin zwischen Hornberger Schießen und Echternacher Springprozession. Uneinigkeit im Detail und Mangel an gemeinsamer politischer Vision bleiben auch nach den letzten Diskussionen im Agrar- und Umweltministerrat über Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) der gemeinsame Nenner. Die herrschende Bewegungsform für diesen nun schon fünf Jahre alten Zustand bleibt weiterhin das „de facto Moratorium“ für die Zulassung neuer Gentechnik-Sorten.

Das Moratorium sei leider nicht vom Tisch, gab EU-Kommissar David Byrne zum Abschluss der Beratungen zu, man komme seiner Aufhebung aber „Schritt für Schritt“ näher. Noch vor Wochen hatte er die baldige Aufhebung dieses „rechtlosen Zustandes“ angekündigt. Nun muss er erkennen, dass sich die Minister nicht einmal über die künftige Kennzeichnung von GVO in Lebens- und Futtermitteln einig sind.

Bei der Kennzeichnungs-Verordnung herrscht zwar Einigkeit darüber, dass künftig auch Futtermittel sowie Endprodukte aus GVO, auch wenn diese nicht mehr darin nachweisbar sind (Öl, Stärke, Glucose etc.) gekennzeichnet werden müssen. Strittig ist aber nach wie vor der Grenzwert nicht kennzeichnungspflichtiger, unbeabsichtigter Verunreinigungen: 0,5 Prozent verlangt das Europäische Parlament, ein Prozent die Kommission. Deutschland folgte hier der neuen Devise „so niedrig wie möglich!“. Strittig bleibt auch, ob Fleisch, Milch und Eier, die mit Gentechnik-Futter produziert wurden, kennzeichnungspflichtig werden sollen. Und gänzlich uneins bleiben die Mitgliedsstaaten schließlich darüber, wie weit die zentrale Entscheidungsbefugnis der neuen Europäischen Lebensmittelbehörde bei der Zulassung gehen soll. Sollten sich die Minister Ende des Jahres doch noch auf eine gemeinsame Position einigen, muss diese erst einmal vom Parlament bestätigt und davor vermutlich im Vermittlungsausschuss verhandelt werden. Bis dahin wird es Frühling werden.

Zünglein an der Waage: EU-Mitglied Deutschland

In welche Richtung sich die Springprozession in den kommenden Monaten bewegen wird, hängt wesentlich von der deutschen Haltung ab. Während Italien, Österreich, Griechenland, Belgien, Luxemburg,

die neue französische Regierung und Dänemark einen eher restriktiven Kurs bei der Grünen Gentechnik verfolgen, drängen vor allem Großbritannien, Spanien, Irland und die Niederlande auf schnelle Zulassungen. Bezieht Deutschland nun, mit frisch gestärkter grüner Agrar-Weste, eine klarere Position für Vorsorge und strenge Standards, wären die Mehrheiten im Ministerrat klar.

Dies trifft auch auf die weiteren Gentechnik-Entscheidungen zu, die für die Landwirtschaft von unmittelbarer Bedeutung sind: Die Reinhaltung des konventionellen und biologischen Saatgutes, um die noch immer gerungen wird, auch innerhalb der Bundesregierung, sowie die Frage der Haftungsregelung für Umweltschäden (hierzu berät die EU derzeit eine weitere Richtlinie) und die Kosten, die durch kommerziellen GVO-Anbau künftig auf Landwirte zukämen, die ohne Gentechnik produzieren.

Landwirtschaftsminister wachen auf

Vielen Landwirtschaftsministerien in Europa wird erst dieser Tage klar, welche Probleme auf sie im Falle einer solchen „Koexistenz“ von gentechnischer und nicht-gentechnischer Landwirtschaft zukommen würden. Auch Agrarkommissar Franz Fischler, der die Gentechnik-Zuständigkeit bisher neidlos seinem Verbraucherschutz-Kollegen Byrne überlassen hatte, schwant mittlerweile Übles. Diese gesamte „ausgesprochen komplizierte“ Frage der Koexistenz müsse jetzt erst einmal mit dem Parlament erörtert werden, ließ er bei der Überreichung der Petition „Save our Seeds“ in Luxemburg wissen. Byrne stand mit gequältem Gesicht daneben.

Offiziell in Kraft getreten ist am 17. Oktober die neue, deutlich verschärfte Richtlinie 2001/18 zur Freisetzung von GVO, die bereits im Februar beschlossen wurde. Sie verpflichtet die EU-Kommission nun zur Annahme und Bearbeitung neuer Zulassungsanträge. Entschieden werden diese freilich weiterhin von den Mitgliedstaaten. Nur ein einziger von ihnen hat bisher die neue Richtlinie überhaupt in nationales Recht umgesetzt. In den Koalitionsverhandlungen hat sich Renate Künast hierfür gerade die Federführung erstritten. Man darf gespannt sein.

Benny Haerlin,
Zukunftsstiftung Landwirtschaft

Der Anfang vom Ende der Auskunft?

Arbeitsgruppe zum Fondsmodell traf sich

Die Runde war überschaubar, in der man sich Anfang Oktober in Bonn getroffen hatte. Zusammen kamen Gerhard Portz, ein Sprecher der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze; Norbert Heim vom deutschen Bauernverband; Ferdinand Schmitz, Geschäftsführer des Bundesverbandes deutscher Pflanzenzüchter (BDP) sowie drei Mitarbeiter des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL). In diesem kleinen Kreis sollten die Ausgestaltung eines sogenannten Fondsmodells als Ersatz der bisherigen Nachbaugebührenerhebung diskutiert werden.

Die IG Nachbau hatte zuvor die Einrichtung eines Fonds unter staatlicher Verwaltung vorgeschlagen, in den alle Beteiligten, inklusive des Bundes, einen Beitrag einzahlen und über die Vergabe der Gelder an die Züchter mitbestimmen. Damit wäre jegliche Auskunftsspflicht vom Tisch. Wie zentral die Abschaffung der Auskunftsspflicht für die Bäuerinnen und Bauern ist, war wohl beim BMVEL nicht so ganz angekommen, hatte es doch als Vorlage für die Diskussionsrun-

de zwei Modelle erarbeitet, deren zentraler Bestandteil sie erneut ist. Zwar würde die Auskunftsenerhebung von der privatwirtschaftlichen Organisation der Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) übergehen auf Staatsvertreter, das Grundprinzip bliebe aber erhalten: Bäuerinnen und Bauern müssten einer zentralen Stelle umfassend Auskunft über ihre Nachbauepflogenheiten geben, um entsprechend dann zu errechnende Gebühren in einen Topf einzuzahlen. Gerhard Portz von der IG Nachbau konnte da nur mit dem Kopf schütteln. „So geht's natürlich nicht, dann kriegen wir ja den Polizeistaat.“ Seiner Ansicht nach wäre bei so einem Modell ein wichtiger Aspekt nicht berücksichtigt: „Das Geld würde nach wie vor anteilig an die Züchter verteilt. Die Großen, die viel Saatgut verkaufen, kriegen viel. Wir wollen aber soziale Aspekte berücksichtigt haben, wollen kleinere Züchter, die gute Arbeit machen, stärker unterstützen.“ Überraschend reagierte Ferdinand Schmitz vom BDP darauf. Bevor man womöglich am Ende gar keine Nachbaugebühren mehr bekomme, könne man sich auch mit den Vorstellungen der IG

Nachbau anfreunden, so seine Stellungnahme. Offenbar sind die Züchter über den Verlauf der Prozesse am Europäischen Gerichtshof (EuGH) eher verunsichert als begeistert. Später sagte Schmitz dann im Gespräch mit Gerhard Portz, dass die STV Fehler gegenüber den Bauern gemacht habe und dass momentan keine Bäuerinnen und Bauern

mehr in Sachen Auskunft verklagt würden. Welch späte Einsicht, kam er doch auch mit Portz überein, dass – unabhängig von der Nachbaugebührenproblematik – zukünftig stärker darauf Wert gelegt werden müsse, dass „gutes Saatgut zu einem vernünftigen Preis beim Bauern landet.“ Bleibt zu hoffen, dass die Einsicht anhält. cs



Nach langem Kampf mit Treckern vor Gericht, diskutieren Sprecher der IG Nachbau nun auch im Ministerium gerechte Modelle zur Finanzierung der Züchtung. Foto: Schievelbein

Der Raiffeisen-Deal

In den letzten Wochen und Monaten sind die Aufbereiter von Saatgut zunehmend ins Visier der Saatgut Treuhandverwaltungs GmbH (STV) geraten. Zumal bei ihnen gleich gebündelt Daten abfragebereit nur auf die Anforderung der STV warten. Vielen Genossenschaften, Landhändlern und Kleinunternehmen ist es allerdings mehr als suspekt, sensible Daten ihrer Kunden herauszugeben, es herrscht große Verunsicherung: Erste Gerichtsprozesse stiften durch ihre unterschiedlichen Verläufe fast mehr Verwirrung als Klarheit. In diese Situation hinein hat nun der Deutsche Raiffeisenverband e.V. als Dachverband vieler genossenschaftlicher Aufbereiter eine Abmachung mit dem Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter (BDP) getroffen, die auch in den eigenen

Reihen für Unmut sorgt. So sollen Aufbereiter die für die STV relevanten Daten nachbauender Kunden aufnehmen und aufbewahren, bis ein Urteil des jeweils zuständigen Oberlandesgerichtes vorliegt. Dazu will die STV in jedem Bundesland einen Musterprozess gegen einen Aufbereiter führen. Was mit den Daten geschieht, wenn Entscheidungen vor dem BGH oder EuGH noch ausstehen (das erste Aufbereiterverfahren ist bereits vor dem EuGH anhängig), soll erst noch mit der STV abgestimmt werden. Aufbereiter wie auch Bäuerinnen und Bauern fürchten nun, dass, sind die Nachbaudaten erst einmal STV-konform erfasst, diese früher oder später – sei es bei irgendwelchen Routineüberprüfungen oder gezielt – bei den Nachbaukontrollleuren landen. cs

Recht auf Nachbau

Wie der Ernährungsdienst Anfang Oktober mitteilte, präsentierte die EU-Kommission jüngst der Welthandelsorganisation (WTO) in Genf einen Plan, der die Rechte der Bäuerinnen und Bauern im Hinblick auf pflanzengenetische Ressourcen und Saatgut (zumindest in Entwicklungsländern) stärken könnte. Zum einen sollen Anmeldeverfahren von Patenten gezwungen werden, die Herkunft der verwendeten Pflanzen offen zu legen und damit eine finanzielle Beteiligung in den Ursprungsländern ermöglichen. Zum anderen soll traditionelles Wissen besser geschützt werden, z. B. durch ein Recht auf freien Nachbau.

EuGH, die Zweite

Am Ende reichte ihnen an jenem 3. Oktober die Zeit wieder nicht, um all das angeblich Schiefe gerade zu rücken. Der vorsitzende Richter am EuGH entzog dem Anwalt der Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) schließlich das Wort, als dieser versuchte die, seiner Meinung nach „merklichen Fehlschlüsse“ des EuGH-Generalanwaltes mehr als ausführlich auseinander zu nehmen. „Nicht sachgemäß“ und „voller Missverständnisse“ sei gewesen, was der Generalanwalt im Frühjahr nach dem ersten – auch immer noch laufenden Parallelverfahren – in Sachen Auskunfts-

sengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze noch einmal ihren Standpunkt dargelegt, dass sich weder aus dem nationalen noch aus dem europäischen Sortenschutzgesetz unter Betrachtung gewerblicher Schutzrechte umfassende Auskunftsspflichten ergeben. Auch der Anwalt der EU-Kommission verneinte erneut, dass man die allgemeine Auskunft gewollt habe. Bis auf den Vertreter der britischen Regierung, der die Situation im Vereinigten Königreich trotz Auskunfts-

pflicht als unkompliziert darstellte, gab es weder neue Gesichter noch neue Argumente im Laufe der Verhandlung. Ob also die STV mit ihrem Ansinnen, den EuGH in dieser Neuaufgabe vor „falschen Schlussfolgerungen“ zu bewahren – deshalb hatte man versucht, das erste Verfahren einstellen zu lassen – Erfolg hat, ist mehr als zweifelhaft. cs



Ich bin für hundert Prozent der Landwirtschaft zuständig

Ministerin Renate Künast im Gespräch mit der Bauernstimme über die Zukunft des Aktionsprogramms bäuerliche Landwirtschaft, Schritte, die Gentechnikfreiheit für Landwirte weiterhin zu ermöglichen, und klare Aussagen zu einer weitreichenden Halbzeitbewertung der EU Agrarreform.

Unseren Glückwunsch zur Ihrer erneuten Ernennung zur Bundeslandwirtschafts- und Verbraucherministerin. Was können die Bäuerinnen und Bauern in den nächsten vier Jahren von Ihnen erwarten?

Wir wollen, dass die Agrarwende Fuß fasst. Landwirte brauchen Planungssicherheit. Wettbewerbsfähig wirtschaften kann nur, wer die Rahmenbedingungen, auch die internationalen, möglichst genau kennt und sich frühzeitig darauf einstellt. Wer jetzt daran arbeitet, den eigenen Betrieb, vielleicht auch in Zusammenarbeit mit anderen, fit für die Zukunft zu machen, kann mit unserer Unterstützung rechnen.



Und was erwarten Sie von den Bäuerinnen und Bauern?

Dass sie die vielen Einladungen aufrecht erhalten, die ich in den vergangenen anderthalb Jahren schon allein wegen Zeitmangels nicht wahrnehmen konnte. In den nächsten vier Jahren werde ich mir die unterschiedlichsten Regionen und Typen von Betrieben noch genauer ansehen.

Jetzt fallen alle paar Monate neue Entscheidungen: zur EU-Osterweiterung, zur Halbzeitbilanz. Das nächste Jahr wird sehr stark unter dem Eindruck Agrarpolitik in der WTO stehen. Jede Bäuerin und jeder Bauer ist gut beraten, dies zu verfolgen und zu überlegen, wo sich für den eigenen Betrieb Einkommensbereiche eröffnen, aus denen etwas werden kann. Von der Biogaserzeugung bis zur Produktion von nachwachsenden Industrierohstoffen, wir fördern die Entwicklung der verschiedensten Einkommensmöglichkeiten. Nicht jeder kann alle nutzen, aber fast jeder Betrieb braucht ein zweites oder drittes Bein, um das Einkommen dauerhaft zu sichern.

Im Koalitionsvertrag steht das Aktionsprogramm bäuerliche Landwirtschaft gleichberechtigt neben dem Aktionsprogramm Ökolandbau. Welche Schritte planen Sie?

Jetzt müssen wir in eine Intensivdiskussion gehen: Was bieten die vorhandenen Förderinstrumente, von der Gemeinschaftsaufgabe bis zu europäischen Regeln, dem mittleren und kleineren Betrieb? Es geht darum, dass Betriebe, die von der Mischproduktion leben und sich nicht allein unter Effektivitätsgesichtspunkten auf einen Veredlungsbereich konzentrieren, zusätzliche Standbeine entwickeln können. Auf diesen Betrieben gibt es viele Arbeitsplätze und ein Interesse, die ländliche Struktur zu erhalten. Das gilt für den Osten und für den Westen. Für den Erhalt von Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten in den ländlichen Regionen ist wichtig, dass es Spaß macht, dort zu leben und nicht nur im Dunstkreis von Städten. Man kann z.B. Kindergeburtstage nicht nur bei Fastfood-Anbietern feiern, sondern auch auf dem Hof. Vielleicht macht das vielen Kindern sogar viel mehr Spaß. Um Einkommensalternativen zu schaffen, braucht man eine Ausbildung und auch Förderung. Das prüfen wir jetzt.

nn

Denn gerade kleinere Betriebe sind darauf angewiesen, mit wenig Verwaltungsaufwand eine verlässliche Summe zu haben, mit der sie rechnen können.

nn

Im letzten Jahr gab es zum Aktionsprogramm eine Arbeitsgruppe im Ministerium, aber auch die Aussage: dafür gibt es kein Geld.

Bei jedem neuen Programm heißt es am Anfang: Dafür gibt es kein Geld. Das Programm fängt langsam an und entwickelt sich weiter, bis ich zufrieden bin.

Es entwickelt sich, auch wenn wir nicht sicher davon ausgehen können, dass wir zusätzliches Geld bekommen. Das Geld, das wir haben, müssen wir gegebenenfalls unter anderen Gesichtspunkten verteilen. Ich nenne als Beispiel nur den Punkt Basisprämien, die für die bäuerliche Landwirtschaft von besonderer Bedeutung sein können. Denn gerade kleinere Betriebe sind darauf angewiesen, mit wenig Verwaltungsaufwand eine verlässliche Summe zu haben, mit der sie rechnen können.

Sie haben die Zuständigkeit für Grüne Gentechnik jetzt ganz für Ihr Ministerium gewonnen. Wie wollen Sie regeln, dass sich Landwirte vor unerwünschter Gentechnik auf ihren Äckern schützen können?

Durch Kennzeichnung! Deshalb haben wir in den Koalitionsvertrag geschrieben, dass für Saatgut, Lebensmittel, Futtermittel als erstes Kriterium die Kennzeichnung gilt. Wir machen auch in Brüssel entsprechend Druck, damit es bei möglichst niedrigen Grenzwerten eine Entscheidung gibt. Ich sehe, dass der Anbau gentechnischer Pflanzen international zunimmt. Jetzt haben wir gerade herausgefunden, dass die USA ihre Lieferungen von gentechnisch veränderten Erzeugnissen nach Japan ausbauen. Deshalb ist es wichtig, dass die EU ein Signal gibt, was auf ihrem Markt gewollt ist. Für mich ist wichtig, dass für den konventionellen und den ökologischen Bereich GMO-freie Produktion möglich ist und auf Dauer möglich bleibt. Das setzt dann aber auch voraus, dass die Landwirte sich ihren Überzeugungen entsprechend verhalten.

Bei der letzten Agrarministerrats-tagung gab es einige EU-Staaten, die klar gegen Schwellenwerte von 0,3 bis 0,7 % Verunreinigung bei dann immer noch als gentechnikfrei geltendem Saatgut votierten. Sie und Umweltminister Jürgen Trittin könnten ja auch sagen: wir wollen Werte an der Nachweisgrenze von 0,1 %?

In Brüssel wissen alle, was Trittin und ich wollen. Dass das nicht hundertprozentig die Auffassung des gesamten Kabinetts ist, weiß in Brüssel auch jeder. Jetzt ist mein Punkt: Schwellenwerte so niedrig wie möglich. Das haben wir so auch in den Koalitionsvertrag geschrieben. Es reicht ja nicht, ein

guter Mensch zu sein und auf jeder Ratssitzung zu sagen, 'ich will die Nachweisgrenze', wenn dem keiner folgt. Wir müssen versuchen, möglichst viel umzusetzen und bald eine Entscheidung zu erzielen. Es gibt ja auch Leute, die wollen weit höhere Grenzwerte.

70 % der Landwirte wollen keine genveränderten Pflanzen anbauen. Das ist eine deutliche Willensbekundung.

Die kann ruhig noch etwas lauter öffentlich deutlich werden. Und vor allem: Diejenigen sollten nachdrücklich eine schnellstmögliche Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebens- und Futtermittel und von Saatgut fordern und sich auch entsprechend entscheiden, und zwar bei jedem Einkauf.

Vom Staat wollen 40 % der Landwirte eine Entschädigung, wenn sie eine Ernte aufgrund gentechnischer Verunreinigung nicht vermarkten können, 27 % wollen eine Entschädigung von der Saatgutfirma. Wer soll Ihrer Meinung nach haften?

Logischerweise diejenigen, die gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen. Freie Marktwirtschaft heißt nicht, dass die Steuerzahler – das heißt es ja, wenn man vom Staat spricht – solche Entschädigungen bezahlen. Freie Marktwirtschaft heißt, dass die Beteiligten untereinander ihre Eingriffe regeln. Wenn vom einen Grundstück eine Emission ausgeht, dann zahlt auch nicht der Staat den Schaden. Deshalb lautet die Frage zum Beispiel, welche Abstandsregelung müssen eingehalten werden? Das wird eine harte Debatte, weil es um Geld geht. Wer ein Produkt auf den Markt bringt, muss sich auch mit den Konsequenzen auseinandersetzen. Eines darf nicht passieren: dass andere ihre Produktion im Laufe der nächsten zehn Jahre einstellen müssen, weil Konsequenzen nicht rechtzeitig geklärt wurden.

Was haben wir in der Tierhaltung zu erwarten? Bei den Legehennen gab es großen Rückenwind aus der Bevölkerung für den Ausstieg aus der Käfighaltung. Wird es bei den Schweinen auch so einfach, zu vernünftigen Regelungen zu kommen, oder werden wir da auf einheitliche Schritte aus Brüssel warten müssen? Wir haben in Deutschland keine gültige Schweinehaltungsverordnung und

wir wissen, dass es in den nächsten Jahren für Mastschweine in der EU Regelungen geben wird. Die entscheidende Frage ist also, was wir bis dahin tun. Wir sind auf der Arbeitsebene dabei, uns gemeinsam mit den Niederlanden, Belgien und Dänemark auf ein Ziel für die nächsten Jahre zu verständigen, so dass wir dann sagen können, das sind Regelungen, die wohl auch Bestandteil der europäischen Richtlinien sein werden.

Die EU der zwei Geschwindigkeiten auch in der Schweinehaltung?

Wie ich schon gesagt habe: Planungssicherheit ist entscheidend. Ein Landwirt, der jetzt investiert, darf nicht gezwungen werden, ein paar Jahre später noch mal teuer umzubauen. Deshalb möchte ich jetzt möglichst schnell zu Regelungen kommen, die EU-weit Bestand haben.

nn

Ein Landwirt, der jetzt investiert, darf nicht gezwungen werden, ein paar Jahre später noch mal teuer umzubauen.

nn

An anderes, großes Thema der politischen Tagesordnung ist die Reform der EU-Agrarpolitik. Wie sehen Sie die Chancen für Korrekturen nach der Einigung der Regierungschefs über den Agrarhaushalt der nächsten zehn Jahre?

Es ist genauso schwierig wie vorher. Wir haben an der Diskussion über die Finanzen noch mal gesehen, wer sich wie verhalten wird.

Wie verhalten Sie sich?

Man muss Mehrheiten bekommen. Frankreich zum Beispiel hat bestimmte Vorstellungen, was in eine Halbzeitbilanz hineingehört und was eine grundlegende Reform wäre. Für die französische Regierung beginnt eine grundsätzliche Reform der Agrarpolitik, die für ihre Begriffe jetzt nicht zulässig ist, bei der Entkopplung der Direktzahlungen. Ich gehe davon aus, dass Agrarkommissar Fischler seinen Vorschlag zur Entkoppelung trotzdem macht. Ich will ihn sehen und möglichst viel Reform.

Bis zur Entkopplung gibt es ja viel Spielraum. Heißt das, über andere Dinge wie etwa die Modulation wäre zu reden?

Ich will die Modulation. Und man muss sich mal anschauen, wie die De-

batte auch innerhalb Frankreichs an der Stelle verläuft. Da sagen sehr starke gesellschaftliche Kräfte, das alte System wollen wir so nicht mehr. Auch in Frankreich gibt es Regionen, wie die Mittelgebirge, die von einer Modulation profitieren könnten. Das sind die Regionen, die für ihre Qualitätsprodukte berühmt sind. Hier geht die Diskussion auch bei unserem Nachbarn weiter. Aber eine Entscheidung wird es erst in der letzten Sekunde geben.

Bei der Diskussion um die Fischlervorschläge haben viele den Eindruck, dass Sie zwar die Modulation, nicht aber die vorgeschlagenen Prämienobergrenzen wollen.

Also, ich bin für hundert Prozent der Landwirtschaft zuständig. Ich kann und will es mir nicht einfach machen und sagen, ich suche mir jetzt idealtypisch eine Traumlandwirtschaft heraus und alles andere ist mir egal. Nein, ich bin für die gesamte Landwirtschaft zuständig. Wir wollen eine nachhaltige Landwirtschaft, und zur Nachhaltigkeit gehören soziale Aspekte dazu. Ich glaube, dass wir eine gute Position gefunden haben, indem das Kabinett gesagt hat, wir wollen die Diskriminierung der Grünlandstandorte aufgeben und ein Stück Gerechtigkeit bei den Produktionszweigen erreichen und wir wollen mit Blick auf die neuen Bundesländer nicht, dass hier Arbeitsplätze massiv gefährdet werden. Nach all diesen Kriterien werden wir die Brüsseler Vorschläge beurteilen.

Spricht das für eine stärkere Bindung der Prämien an die Arbeitskraft, in die Fischler ja einsteigen will?

Vom Grundsatz her ja. Die Kommission will meiner Meinung nach den Faktor Arbeit mit 3.000 Euro Freibetrag pro Arbeitskraft viel zu niedrig bewerten. Das würde im Zweifelsfall dazu führen, dass zwischen Ackerbau und Tierhaltung ein Unterschied besteht, bei dem der eine zwischen 100.000 und 150.000 Euro je Arbeitskraft erhält und der andere mit 5.000 Euro zufrieden sein müsste. Das kann's ja nicht sein.

Kommt denn der Abbau der Benachteiligung des Grünlandes?

Wir arbeiten dran. Das ist in dem Fischler-Vorschlag nicht hinreichend drin.



Auf in die zweite Runde!

Foto: Schimpf

Aber Fischler hat vorgeschlagen, dass Nationalstaaten einen Spielraum bekommen, selbst umzuschichten.

Ja, aber so schnell lassen wir Brüssel nicht aus der Verantwortung.

nn

Das würde dazu führen, dass zwischen Ackerbau und Tierhaltung ein Unterschied besteht, bei dem der eine zwischen 100.000 und 150.000 Euro je Arbeitskraft erhält und der andere mit 5.000 Euro zufrieden sein müsste. Das kann's ja nicht sein.

nn

Das Geld aus der Modulation soll ja zielgerichtet wieder eingesetzt werden und die ländliche Entwicklung stärken. Ist die Angst berechtigt, dass Gelder, die bislang in die Landwirtschaft geflossen sind, jetzt in Kindergärten, Schulen, Straßen und Friseurläden gesteckt werden?

Dass man Schulen und Kindergärten fördert, davon profitiert jeder, auch die Landwirte und ihre Familien. Auch für ihre Zukunft ist das Umfeld sehr wichtig, samt der zusätzlichen Einkommensmöglichkeiten für diejenigen in der Familie, die nicht in der engeren landwirtschaftlichen Produktion arbeiten. Insofern kann es nicht falsch sein, Geld für die ländliche Entwicklung auszugeben – und die Friseurin gehört nun gar nicht in mein Ressort.

Aber wir stehen vor einer anderen Herausforderung, dem Kriterium WTO-Fähigkeit. Und da muss jeder ein Interesse daran haben, auch Finanzen für den ländlichen Raum zu sichern. Das kann man nicht, indem man sagt, wir warten ab, bis das letzte Wort gesprochen ist. Denn dann würde man eine kräftige Phalanx gegen sich aufbauen und am Ende mehr verlieren als gewinnen.

In der Verantwortung der Bundesregierung liegt das neue Sparpaket. Hans Eichel will in der Landwirtschaft mehrere hundert Millionen Euro holen und dabei Steuervereinfachungen bei Umsatz- und Einkommensteuer streichen. Wäre es nicht sinnvoller, einen Weg zu finden, der nicht zu mehr Bürokratie führt?

Es ist ja logisch, dass der Finger immer zuerst darauf gelegt wird, wo es reduzierte Steuersätze gibt. Jetzt fängt die Phase an, bestimmte Einsparungen im Haushalt, die angegangen werden müssen, vernünftig umzusetzen. Die Lage ist ernst und unser aller Aufgabe heißt, zu konsolidieren und gleichzeitig Zukunftschancen zu organisieren. „Weiter so“ gibt's nicht.

Ihre ersten anderthalb Jahre als Bauernministerin waren alles andere als ruhig. Der Bauernverband und die Wochenblätter haben Sie nicht gerade zimperlich behandelt. Freuen Sie sich auf die neuen vier Jahre?

Wenn für die Landwirte gilt, dass sie rau aber herzlich sind, gilt das für mich auch. Ansonsten bin ich davon überzeugt, dass in den nächsten vier Jahren alle miteinander reden werden. Schon allein deshalb wird sich etwas verändern, und zwar zum Positiven.

Frau Künast, vielen Dank für das Gespräch.

uj, ms

Schranken statt Kontingente?

Der Schweizer Verband *Bio-Suisse* wäre laut *Ernährungsdienst* mit einer Aufhebung der Milchkontingente im Jahre 2008 einverstanden, wenn der gesamten Milchproduktion ökologische Schranken in Form von hohen Anteilen hofeigenen Futters und eines hohen Anteils Rauhfutter auferlegt würden. pm

3 Cent mehr

Nach Protesten gegen die ruinösen Milcherzeugerpreise in England haben sich der britische Bauernverband (NFU) und einige Handelsketten auf einen Drei-Cent-Aufschlag auf die Verbraucherpreise für Frischmilch verständigt, der laut *top agrar* direkt an die Milcherzeuger gehen soll. pm

Bewegung in Quotendiskussion

Die Brüsseler Diskussion um Milchquoten ist gehörig in Bewegung gekommen. Seit dem Agrarministerrat Mitte Oktober gilt Deutschland in der EU nicht mehr als Befürworter eines Ausstiegs aus der Quote, sondern eher als ein Sympathisant einer wirksamen Mengenbegrenzung. Auf dem Ministertreffen hat Dr. Wille, noch in der Funktion des Staatssekretärs, deutlich gemacht, dass Deutschland für die Fortführung der Garantiemengenverordnung sei. Allerdings schlug er vor, die Milch-Beschlüsse der Agenda 2000 (Preissenkung und Milchprämie) vorzuziehen, um auch den Milchbereich in eine eventuelle Entkopplung der Zahlungen einbeziehen zu können. Ebenso wie bei Kommissar Fischler scheint auch in Deutschland die Befürchtung groß, dass mit Abschaffung der Produktionsbegrenzung die Kosten für den Milchmarkt in die Höhe schnellen, ganz nach dem „Vorbild“ des Getreidemarktes. Und dafür ist kein Geld in Sicht. uj

Fleischerhandwerk noch nicht erholt

Vom BSE-Umsatzeinbruch des Jahres 2001 hat sich das Fleischerhandwerk im ersten Halbjahr 2002 noch nicht erholen können. Zwar hätten die Deutschen wieder mehr Fleisch gekauft, so der Deutsche Fleischerverband, aber wegen rückläufiger Preise sank der Umsatz. Infolge der „Teuro“-Debatte sei der Preis für viele Verbraucher zum ausschlaggebenden Kriterium bei der „Schnäppchenjagd“ geworden. Die Discounter kämen mit vorverpacktem Fleisch inzwischen auf einem Marktanteil von 10 %. pm

Sauenerlass tritt in Kraft

In Nordrhein-Westfalen ist seit Oktober auch für Sauen und Ferkel ein neuer Erlass, der sich ausschließlich auf Neubauten bezieht, gültig. Vorgeschrieben ist Tageslicht für alle Tiere, ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten und die bundesweit vielbeachtete Regelung, dass für die Grundversorgung von 250 Sauen eine Arbeitskraft sichergestellt sein muss. pm

„Landhandel kontra Bauern?“

Unter dieser Überschrift berichtet Agrarberater Richter (LMS Bad Doberan) in der *Bauern-Zeitung* über den wachsenden Unmut bei Landwirten über falsche Abrechnungs-Praktiken im Landhandel: Demnach sind die Trocknungskosten gegenüber dem Vorjahr um 22 % teurer geworden, die Abschläge bei niedrigerer Fallzahl um 7 % erhöht worden. Auch bei der Berechnung eines pauschalen Mengenabzugs für Aspiration (Schwarzbesatz) seien Nachteile für Landwirte festzustellen, ebenso bei der gleich dreifachen Preiskorrektur für Schmachtkorn, Bruchkorn und Auswuchs, nämlich Berechnung von Mengenabzug, Aufbereitungskosten und unzureichendem Naturalgewicht. en

Verschleppung ins Mischfutter

In den bestehenden Mehrproduktanlagen der Mischfutter-Industrie ist die Herstellung von absolut kontaminationsfreien Futtermitteln praktisch nicht möglich, so Wolfram Strauch vom Braunschweiger Forschungsinstitut Futtermitteltechnik (IFF) bei der Jahrestagung des Deutschen Verbandes Tiernahrung (DVT). Untersuchungen über die Arbeitsgenauigkeit in 170 Mischfutter-Anlagen hätten dies ergeben, selbst wenn man mehrere „Spülchargen“ vor der Herstellung des nächsten Produkts eingeschaltet habe (in der Praxis unüblich). Verschleppungs-kritische Zusatzstoffe habe es in allen Folgeprodukten gegeben, unterhalb von 4 % Verschleppung lag allerdings mehr als die Hälfte der Proben. Strauch forderte laut Landwirtschaftsblatt Weser-Ems eine sorgfältige Gefährdungsanalyse und gegebenenfalls – bei nicht tolerierbaren Gefahren – den Verzicht auf Zusatzstoffe im Mischfutter. pm

KURZES AM RANDE

Wegen Viehdichte ins Sondergebiet?

Die Bezirksregierung Weser-Ems hat kürzlich der Stadt Friesoythe (Kreis Cloppenburg) Recht gegeben, die für einen geplanten Masthähnchenstall ihr Einvernehmen nicht erteilt hat. Der Landkreis hatte die Baugenehmigung – gegen den Willen der Gemeinde – zunächst erteilt. Damit ist erstmals durch den Bezirk eine Entscheidung auf Gemeinde-Ebene gegen eine Mastanlage nicht korrigiert, sondern unterstützt worden. Als Begründung für die Ablehnung war die im Friesoyther Stadtteil Neuvrees bereits vorhandene Tierdichte angeführt worden: Diese sei mit einer „geordneten städtebaulichen Entwicklung“ nicht mehr vereinbar. Die Bezirksregierung bezog sich dabei auf den Entwurf des Niedersächsischen Raumordnungsprogramms, der den Gemeinden ab 2 GV/ha bewirtschaftete Fläche die Ausweisung von Sondergebieten für Tierhaltung erlaubt, wonach eine Aus-

weitung der Tierhaltung in anderen Gebieten nicht mehr möglich ist.

Über diesen Entwurf soll der Niedersächsische Landtag demnächst entscheiden. Die Brisanz dieser Planung liegt nicht nur darin, dass im Landkreis Cloppenburg nur zwei Gemeinden nicht über diesem 2 GV-Grenzwert liegen und dass viele Bau-Anträge von Bauern wegen der schon geschehenen Ansiedlung von agrarindustriellen Anlagen zu spät kämen. Viele Kritiker weisen darauf hin, dass solche „Sondergebiete“ die Ansiedlung von auswärtigen agrarindustriellen Betrieben gerade anreizen würden, zumal bäuerliche Betriebe die höheren Ansiedlungskosten nicht zahlen könnten.

In der Koalitionsvereinbarung hat Rot-Grün eine Novellierung des Baurechts zum Bauen im Außenbereich angekündigt – offenbar mit obiger Zielsetzung, die auch von einer Kommission des Bau-

ministers verfolgt wird. Stattdessen ist jetzt eine klare Privilegierung ansässiger bäuerlicher Betriebe beim Bauen im Außenbereich angesagt (die schon das Raumordnungsgesetz ausdrücklich fordert). Dazu ist eine verwaltungsfeste Grenzziehung hinsichtlich der Definition von bäuerlichen Betrieben und agrarindustriellen Betrieben unerlässlich. Dann allerdings könnten mehr Entscheidungsrechte der Gemeinden nützlich sein. en



Was ein bäuerlicher Betrieb ist scheint klar, doch die geplante Novellierung des Baurechts macht eine klare Abgrenzung gegenüber der Agrarindustrie notwendig. Foto: Erdmanski-Sasse

Geflügelkongress und Agrarwende

Bei der 11. Europäischen Geflügelkongress trafen sich Anfang September 900 Wissenschaftler und Unternehmer aus der Branche. Agrar-Staatssekretär Berninger forderte, angesichts von Niedrigpreis-Importen aus Übersee stärker auf Tiergerechtigkeit, kontrollierte Qualität und Gentechnikfreiheit zu setzen. Dem gegenüber positionierten sich zahlreiche Redner durch Sammeln von Gegenargumenten gegen Agrarwende-„Ideologien“ und für Gentechnik. Gegen solche „Gedankenspielerien“ wandte sich laut *Land & Forst* dezidiert der *Wiesenhof*-Chef Paul-Heinz Wesjohann: Die Fragen von artgerechter Tierhaltung, nachhaltiger Produktion und Verbraucherschutz seien nicht mehr von der Ta-

gesordnung zu streichen, auch bei einem Regierungswechsel nicht. Das sei keine Frage von „Ideologie“ und auch nicht von „objektiver Qualität“, denn die subjektive Wahrnehmung der Konsumenten sei letztendlich entscheidend. Laut Helmut Klemm von der EU-Kommission werden in der EU mittlerweile 12 % des Geflügels alternativ gehalten – mit überdurchschnittlichen Werten von 20 bis 30 % bei Legehennen in Dänemark, Holland und Großbritannien sowie von 10 % bei Mastgeflügel in Frankreich. Professor Detlef Fölsch aus Kassel errechnete bei Auslauf etwa 11 Cent Zusatzkosten je Ei, wobei die wachsende Nachfrage aus deutscher Produktion derzeit nicht gedeckt werden könne. pm

Vor drei Jahren beschrieben wir an dieser Stelle den Anfang unserer Betriebsentwicklung und unseres Kollektivs in der Kommune Niederkaufungen. Heute wollen wir uns das Erreichte anschauen und die vielen Schritte dazwischen einmal an uns vorüberziehen lassen. Im letzten Jahr kamen die beiden ersten auf dem neuen Hof der Kommune geborenen Kälber als Mütter in die

Betriebsspiegel:

18 ha Grünland, 1 ha Ackerbau
8 bis 10 Milchkühe im Laufstall, mit eigener Nachzucht, Färsen- und Ochsenweidemast
10 Mastschweine pro Jahr
Der Hof Birkengrund gehört zur Kommune Niederkaufungen (70 Menschen), 10 km östlich von Kassel. Im Arbeitsbereich Landwirtschaft sind Marion, Frank und Volker beschäftigt.

Kuhherde. In diesem Sommer waren es weitere zwei, so dass wir derzeit acht Kühe melken.

Das Käsen hatte mit einer wöchentlichen Verarbeitung von 50 Litern mit provisorischen Räumlichkeiten und Gerätschaften begonnen. Heute werden in der neu gebauten Hofkäserei bis zu 600 Liter pro Woche zu Hartkäse, Schnittkäse, Camembert, Frischkäse und Joghurt verarbeitet. Der „Birkegründer“ und „Lossetaler“ sind neue Sternchen am Bio-Käsehimmel. Ein Silber-Preis in der Käseprüfung vom Verband für handwerkliche Milchverarbeitung hat dabei gut getan!

Längst ist die Vermarktung über die Eigenversorgung hinaus entstanden und gewachsen. Dabei nutzen wir bestehende Möglichkeiten wie den Gemüse-

Hofladen der Kommune und erschließen uns andere Großverbraucher, Hofläden u.a.. Auch ein erster Ochse wurde im vergangenen Winter zum Verkauf geschlachtet.

Für das Jungvieh gab es neue Winterställe unter den vorhandenen Remisen, in denen an manchen Tagen auch Schnee lag. Auch Weideflächen konnten wir dazu pachten bzw. den zweiten oder dritten Aufwuchs einiger Mähwiesen abweiden lassen. Da die einzelnen Weiden relativ klein sind, müssen die Tiere mehrmals im Jahr umziehen. Bei den notwendigen Verladeaktionen bekamen wir immer tatkräftige Hilfe von anderen Kommunardinnen, wie auch zum Abladen der Wagen in den Heuaktionen. Die neue HD-Ballenpresse mit Schleuder ermöglicht uns

darüber hinaus eine höhere Schlagkraft, die bei den seltenen Heuwetterperioden unverzichtbar ist. So füllen derzeit 6000 Heuballen unsere Scheune bis unters Dach – ein Anblick, der uns zufrieden auf den Sommer zurückblicken und den Winter leichter willkommen heißen lässt.

Während der Versuch der Schweinezucht aufgegeben wurde, zog das Rote Höhenvieh als dritte Rasse in unsere Kuhherde ein. Dieses glänzt zwar weniger durch Milchleistung, aber dafür durch Schönheit. Die Kühe haben im alten Stall einen größeren Laufstall bekommen, dessen Leistungsfähigkeit sich im kommenden Winter mit zehn Tieren bewähren muss. Auf der Weide tummelt sich zwischen Kühen oder Kälbern oft die kleine Schar weißer „Altdeutscher“ Gänse, von denen wir an Weihnachten erstmals kosten dürfen. Ein netter Farbkontrast zur grünen Wiese oder den eher rotbraunen Rindviechern.

Längst sind unsere eigenen Kollektivkapazitäten durch die umfangreichere Stallarbeit, die routinemäßige Milchverarbeitung und die Vaterschaft von Volker erschöpft. Neben den saisonalen Hilfen aus der Kommune gibt es regelmäßige Unterstützung in der Käseerei und bei der Reparatur und Instandhaltung der Maschinen. Für den notwendigen aber zeitaufwändigen Ausbau der Käse- und Fleischvermarktung fehlt uns eigentlich die Zeit. Deshalb suchen wir eine vierte Person im Kollektiv, die Erfahrung mit Milchvieh mitbringt, Lust auf Käseerei und Vermarktung hat, vielleicht handwerklich geschickt ist oder auch gerne an Maschinen schraubt. *Volker Groß*

Vierte gesucht

Unsere Sorgenkinder waren dieses Jahr unsere Rinder. Was hatten wir uns gefreut, als wir es dieses Jahr im Frühjahr endlich geschafft hatten, unseren Hausberg einzuzäunen und Anfang Mai fünf zugekaufte Färsen austreiben konnten. Ein Bild für die Götter. Man konnte sehen, wie es ihnen gefiel da draußen. Und sie waren brav, rannten keine Zäune um und muhten und stanken auch gar nicht, wie die Nachbarn schon befürchtet hatten, als sie von unserer Weide erfuhren. Am vierten Tag ging es dann los: Naselaufen und Husten. Bei allen fünf. Rindergrippe? Auf der Weide? Komisch. Naja, wahrscheinlich die Umstellung, dachten wir.

Drei Tage später rief ich den Tierarzt an. Der meinte schon von weitem, das sehe ganz nach BRSV aus, eine Seuche, die die Atemwege befällt, Behandlung hat kaum Aussicht auf Erfolg. Na toll! Hätte diese Diagnose zugetroffen, wäre das wenigstens ein kleiner Trost gewesen, da die Tierseuchenkasse für die beiden Tiere, die bereits in der zweiten Woche ihres Weidedaseins ihr Leben lassen mussten, bezahlt hätte. Leider stellte sich jedoch bei der Sektion heraus, daß es sich um eine Pasteurellen-Infektion (was keine Seuche ist) handelte, die man sehr wohl hätte behandeln können. Vom Viehhändler war natürlich auch nicht viel zu erwarten. Er versprach zwar noch Kulanz, die er aber dann nie geleistet hat. Na ja, mit fünf Stück Vieh pro Jahr sind wir ja auch nur ein kleiner Fisch für ihn. Den drei Überlebenden geht es inzwischen wieder blendend, sie haben einen tollen Weidesommer hinter sich und beziehen demnächst ihr Winterquartier. Auch ein bißchen Pech hatten wir die-



Ehrliche Leute

ses Jahr mit den Gänsen, d.h. eigentlich hatte nur eine Pech, denn die hat der Fuchs gestohlen. Seit sieben Jahren halten wir auf der eineinhalb Hektar großen Wiese hinter unserem Haus Gänse, bisher ohne Einzäunung und auch ohne Probleme. Doch eines Nachts im September war es soweit und ein schlauer Fuchs hat unsere Herde für sich entdeckt. Jetzt heißt es jeden Abend, Gänse im Elektrozaun einsperren und jeden Morgen Gänse zählen. Aber das ist ja auch nicht so schlimm.

Mehr Glück hatten wir dafür mit dem restlichen Mastgeflügel, von dem wir dieses Jahr viel verkaufen konnten, mit den Hühnern und Schweinen.

Einen neuen Weg gehen wir seit einigen

Monaten in der Direktvermarktung. Da wir Fleisch nur auf Vorbestellung ca. ein bis zwei Mal im Monat verkaufen, Kartoffeln und Eier aber gern täglich abgeben wollten, ohne uns zu bestimmten Zeiten an den Hof zu binden, kamen wir auf den Selbstbedienungsverkauf. Ein Kühlschrank, eine Preisliste, eine kleine Wechselgeldkasse und los ging's. Bis jetzt mit sehr gutem Erfolg. Ehrliche Leute hier auf dem Land! Ansonsten hat uns Anfang des Jahres unser vormals von September bis März matschiger Hof beschäftigt. Unter dem neuen (alten, weil gebrauchten und selbstverlegten) Pflaster ruht seit März unsere Regenwasserzisterne, mit der wir Haus, Hof, Stall und Garten versorgen. Da dreht man den Wasserhahn

Betriebsspiegel:

Nebenerwerbsbetrieb mit 2,5 ha Grünland, 5,5 ha Ackerland in Unterfranken ausschließlich Direktvermarktung von 60 Schweinen, einigen Rindern, Puten, Hähnchen, Enten, Gänsen, Freilandeiern, Kartoffeln und etwas Gemüse

doch gleich wieder viel lieber auf. Auch mit unserem vor kurzem angelegten Feuchtbiotop, einer neuen Drainage, einer reichen Gemüseernte (Artischocken wachsen prima bei uns), zwei gesunden Kindern und der Planung für unseren Urlaub im Januar hatten wir dieses Jahr viel Grund zur Freude und Zufriedenheit. Alles in allem: Wieder mal Schwein gehabt!

Edith Sachse

Landnahme in Polen

Etwa ein Drittel der Agrarflächen im nordwestlichen Polen (Westpommern) wird heute bereits von Ausländern gepachtet. Dabei dominieren Deutsche (darunter zahlreiche LPG-Nachfolgebetriebe) vor Dänen und Niederländern. Neben 900 Landwirten haben auch 200 Unternehmen aus der Agro-Industrie in Polen Pachtverträge. Im Streit zwischen EU und dem Beitrittsland Polen um die Übergangsfrist für Landerwerb durch Ausländer hat die EU durchgesetzt, dass diese Übergangsfristen (eigentlich 12 Jahre) für bisherige ausländische Pächter nur 7 Jahre gelten sollen. Das soll allerdings nur gelten, wenn sie den Boden selbst bewirtschaften und vor Ort leben. Innerhalb der polnischen Regierungskoalition bestehen weiterhin Bedenken hinsichtlich einer Dominanz reicher Westeuropäer in der polnischen Landwirtschaft. Gleichzeitig gibt es bei Polens Landwirten Protest gegen sinkende Getreidepreise, die auf billige Exporte aus der EU zurückgeführt werden. en

Investieren im Osten

Vor allem agrarindustrielle Unternehmer zieht es zunehmend in den Osten, und zwar längst nicht mehr nur nach Polen oder Ungarn: In der September- und Oktober-Ausgabe von *top agrar* locken jetzt auch Angebote zu Investition und Landerwerb z. B. in Tschechien/Böhmen („Aktien...Tierproduktion, Schweine 120.000 Stück“), Serbien („Agrar-Großbetrieb mit 5.000 ha“), im Baltikum (600 ha „mit gr. Zukunftsmöglichkeiten“) oder in Rumänien („8,5 % Rendite an deutschen Pächter“), außerdem ein „Lohnunternehmen in Osteuropa mit Verträgen mit deutschen Investoren“. In anderen Agrarblättern wird gleichzeitig Führungspersonal für einen Raps-/Sojabetrieb in der Ukraine gesucht. Der deutsche Verband der Agrargewerblichen Wirtschaft organisiert eine Tagung über Investitionsmöglichkeiten in der Slowakei mit „hervorragenden Böden, großflächiger Parzellierung und niedrigen Pacht- und Lohnkosten“. pp

US-Schweine-Konzern in Polen

Der US-Konzern Smithfield Foods, der in USA Marktführer mit über 700.000 Sauen ist, will laut *top agrar* in Polen einen Betrieb mit 50.000 Sauen aufbauen, zusätzlich zu seinen dort bereits bestehenden Betrieben mit 4.000 bzw. 5.000 Sauen. pm

Agrarchemie-Steuer?

Ebenso wie in Frankreich und anderen Ländern ist in Italien eine Ökosteuer von 2 % auf besonders belastende Pflanzenschutzmittel und einige Düngemittel geplant. Sie soll laut *Agra-europe* der Finanzierung der Biolandwirtschaft, der Ernährungsforschung und der Nahrungsmittelsicherheit dienen. Minister Alemanno geht davon aus, dass die bei den Herstellern erhobene Steuer kaum auf die Landwirte abgewälzt werde. Auch in Deutschland wurde vor Jahren diskutiert, eine solche Steuer, die besseren Agrarpreisen durch Überschuss-Verringerung sowie Verbraucherakzeptanz und Umwelt dienen könne, vollständig an die Bauern zurückzahlen, ähnlich dem Verfahren der Gasölverbilligung. pm

„Überschwappen“ unter Verschluss?

Ein sehr großer Teil der Gewässerbelastung durch Pflanzenschutzmittel geht nicht auf das Spritzen auf den Feldern zurück, sondern auf das vermeidbare, unsachgemäße Befüllen der Spritzen auf den Höfen (der Überlauf geht über Hofabläufe in die Kanalisation). Diese seit langem bekannte Tatsache bestätigte sich bei einer gemeinsamen Landwirtebefragung durch Bauernverband und Industrieverband Agrar (IVA). Laut *Spiegel* hat sich der Bauernverband dafür eingesetzt, die Ergebnisse der Studie (die ja wohl viele Landwirte zum Nachdenken und Bessermachen anregen würden) unter Verschluss zu halten. gf

Anspruchsvolle Äpfel

Hohe Ansprüche der Verbraucher an das Produkt Apfel stehen einer weiteren Reduzierung von Pestiziden im Weg, so das Ergebnis einer Studie.

Rot und knackig – so lieben die Verbraucher ihre Äpfel. „Designer-Früchte!“ urteilt Michael Ruhnau, Bundesvorsitzender der deutschen Pomologen. Der Einheitsgeschmack fordert: Cox, Delicious, Elstar. Alte regionale Sorten wird man in Supermärkten nicht finden. Der professionelle Erwerbsobstbauer muss makellose Früchte liefern. Das bedeutet hohe An-

sprüche wie z.B. Topaz. Michael Ruhnau, der die Apfelstudie für PAN erstellt hat, warnt jedoch vor überzogenen Hoffnungen bei Resistenzen. In Jahren mit extrem schlechter Witterung wie 2002 habe sich gezeigt, dass Schorf-Resistenzen auch wieder gebrochen wurden. Man kann daher bei den Neuzüchtungen wohl nur von einer Toleranz, nicht aber absoluten Resistenz ausgehen.

Reizthema Kupfer im Ökoanbau

Und was den Einsatz von Kupfer im biologischen Apfelanbau angeht, gibt Maria Finckh vom Fachgebiet Ökologischer Pflanzenschutz in Witzenhausen zu bedenken, dass die Wissenschaft dafür noch keine Patentlösung hat. Als unproblematisch sieht sie eine Ausbringung von Kupfer im Grammbereich je Hektar und Jahr an, so wie Kupfer in geringer Konzentration ja auch Bestandteil von Düngemitteln ist. Nach Auskunft der Biologischen Bundesanstalt (BBA) regelt die EG-Verordnung 473/2002 vom 15. März 2002 die Verwendung von Kupferverbindungen im ökologischen Landbau dahingehend, dass bis zum Jahr 2004 eine Beschränkung auf 8 kg Kupfer je ha und Jahr einzuhalten ist, danach eine weitere Verminderung auf 6 kg/ha/Jahr. Deutschland habe sich darüber hinaus auf maximal 3 kg je ha bei Flächen- und 4 kg je ha bei Raumkulturen wie Äpfeln beschränkt. Karsten Klopp von der Öko-Obstbaugruppe Norddeutschland (ÖON) berichtet, dass es in der Praxis in den letzten drei Jahren gelungen sei, unter 2 kg je ha zu kommen. Ziel sei eine weitere Minimierung, die aber in nassen Jahren wie 2002 unmöglich ist.

Einzelne EU-Staaten wie Dänemark und die Niederlande haben Kupfer im Pflanzenschutz bereits ganz verboten – mit fatalen Folgen für den ökologischen Obstanbau, wie Herr Trapman, ökologischer Anbauberater in den Niederlanden und Belgien, zu berichten weiß. Die konventionellen Obstbauern könnten noch auf andere Mittel zurückgreifen. In Dänemark, wo Kupfer bereits Mitte der 90er Jahre verboten wurde, habe das vor allem den Import belebt. Auch ökologisch erzeugte Äpfel in den Niederlanden kämen nun zunehmend aus Deutschland, Belgien und Frankreich. Offensichtlich ist hier durch Verbote wenig erreicht worden, das Problem wurde einfach nur verlagert, weil es an Aufklärung der Verbraucher und Alternativen im Handel mangelt. we

Die PAN-Studie „From law to field“ zur Pestizidreduzierung mit den Beispielen Apfel und Weizen kann heruntergeladen werden unter www.pan-germany.org/download/law-field.pdf (Apple Study und Wheat Study – trotz englischem Titel in deutscher Sprache!)



Frisch und knackig rund ums Jahr – die beliebten Apfelsorten sind hochgezüchtet und brauchen Pflanzenschutz – auch im ökologischen Landbau. Foto: Schievelbein.

sprüche an den Pflanzenschutz. So ist in Deutschland die fast flächendeckende Umstellung des konventionellen auf den integrierten Apfelanbau vollzogen und hat zu einer erfreulichen Verminderung beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln geführt. Zu diesem Ergebnis kommt eine kürzlich vom Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN Germany) vorgelegte Studie (s.u.). Leider sind nun kaum weitere betriebswirtschaftliche Möglichkeiten zur Pestizidreduzierung gegeben, anders als beim ebenfalls von PAN untersuchten Weizenanbau. Selbst der ökologische Obstanbau stößt an Grenzen. Denn dort ist zur Bekämpfung von Pilzkrankheiten wie Schorf der Einsatz von Kupferpräparaten unabdinglich, was PAN in Hinblick auf die Umweltbelastungen als problematisch einstuft.

Pflanzenschutzoptimierung ausgereizt

Mangels interner Optimierungsmöglichkeiten fordert PAN, beim Handel anzusetzen und die Verbraucher in die Pflicht zu nehmen: d.h. weg von überhöhten Anforderungen an die Schalenbeschaffenheit und Öffnung der Märkte für regional angepasste und damit weniger anfällige Sorten (siehe Bericht zum Finkenwerder Herbstprinz in BS 4/2002, S. 17). Auch fordert PAN verstärkte Neuzüchtung resistenter

EU-Vorbeitrithilfen

Bisher profitieren nur Verwaltung und große Strukturen*

Das Programm zur Vorbereitung der Kandidatenländer auf den EU-Beitritt im Bereich Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (SAPARD) hatte hohe Erwartungen geweckt. In den meisten Ländern ist man aber mittlerweile enttäuscht. Das 1999 ins Leben gerufene Programm konnte erst ab dem Jahr 2002 genutzt werden. Und bis der erste Cent bei den Empfängern ankam, galt es so manche administrative Hürde zu überwinden. Laut EU-Administration ging es auch hauptsächlich darum, die Verwaltungen der mittel- und osteuropäischen Länder an die Zuschuss- und Kontrollverfahren der EU zu gewöhnen. So wurde in Slowenien mehr Geld in den Aufbau der SAPARD-Verwaltung gesteckt als jemals an potentielle Empfänger verteilt werden wird. Aber auch für die Kommission ist SAPARD eine Übung im Umgang mit den Verwaltungen der neuen

Produktion und Einkommenssteigerung in landwirtschaftlichen Betrieben; neue Formen der bisher von oben verordneten Kooperation, Selbstorganisation, Bedarf an besseren Informationssystemen und Netzwerken sowie Verbesserung der Konfliktmanagement-Fähigkeiten in Planungs- und Entscheidungsprozessen.

Das SAPARD-Programm geht auf solche Probleme nicht genügend oder gar nicht ein. Statt des integrierten Ansatzes, der in den EU-Mitgliedsstaaten im Rahmen des Programmes LEADER+ verfolgt wird, wo die Ideen von Basisinitiativen aufgegriffen und gefördert werden (Bottom-up, d.h. Entwicklung und Beteiligung von unten nach oben), verfolgt SAPARD den Ansatz von oben nach unten zu planen (Top-down). Da LEADER den Beitrittsländern nicht zur Verfügung steht, hat das EU-Parlament das sog. „LEADER PLUS BEI-

Die Chance wahrnehmen

Kommentar von Andrzej Novakowski und Hannes Lorenzen*

Die EU-Osterweiterung ist beschlossene Sache. Es gibt keine Alternative zur größten Herausforderung, der sich die Europäische Union (EU) je stellen musste. Die Integration der mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) bringt nicht nur eine Neuverteilung und Anpassung öffentlicher Gelder mit sich, sie stellt auch die Solidarität der bisherigen fünfzehn EU-Mitgliedsstaaten auf die Probe.

Nun bietet die EU-Osterweiterung im Paket mit der Halbzeitbewertung der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik auch die Chance auf eine ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltig ausgerichtete EU-Landwirtschaft. Aber durch nationale Eigeninteressen der jetzigen EU-Mitgliedsstaaten sowie das Verfolgen rein marktwirtschaftlich orientierter Interessen könnte diese einmalige Chance verpasst werden.

Was bleibt also zu tun, um die Chance einer nachhaltigen Reform der EU-Agrarpolitik nicht zu verpassen? Zunächst muss die EU-Verwaltung begreifen, dass die Zeit drängt und dass das Gemeinschaftsrecht nur ein Ausgangspunkt für neue integrierte Instrumente sein kann, die rechtzeitig angegangen werden müssen. Interne Quellen der Kommission bestätigen, dass weder die nationalen noch die EU-Behörden ausreichend auf diese Aufgabe vorbereitet sind. Zweitens, wenn die Europäische Union den Bauern in den neuen Mitgliedsländern nur einen Bruchteil der Direktzahlungen anbietet, muss sie das durch andere Maßnahmen ausgleichen. Und zwar so, dass sie den Bedürfnissen der Menschen im ländlichen Raum gerecht werden und gleichzeitig den unterschiedlichen ländlichen Wirtschaftssystemen eine Zukunftsperspektive bieten.

Solche Programme müssen besonders die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen des ländlichen Raums erhalten. Dort ist auch heute noch ein großer Teil der Beschäftigten im Agrarsektor tätig. Wenn die derzeitige EU-Agrarpolitik in diesen Regionen greift, besteht die Gefahr, dass die große Mehrheit der Menschen ihre Einkommensquellen verliert.

Gleichzeitig müssen die Beitrittsländer willens sein, den Weg zu einer neuen gemeinsamen Agrarpolitik aktiv mitzugestalten hin zur Förderung ländlicher Entwicklung und Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Das tut Polen beispielsweise nicht. Die Regierung fordert vielmehr die Erhöhung der Direktzahlungen zugunsten der Großbetriebe und ignoriert die große Mehrheit der Klein- und Subsistenzbauern. Sie schlägt das Angebot der Kommission, vereinfachte Zahlungen an sich überwiegend selbstversorgende Höfe zu zahlen aus, mit dem 750 Mio. Euro in die ärmsten Regionen Polens fließen würden, und setzt auf Weltmarktkonkurrenz der Großstrukturen.

Die mittel- und osteuropäischen Länder könnten, wie Slowenien und Estland es vorgeführt haben, Vorreiter der neuen Agrarpolitik werden, wenn sie auf die Initiativen von unten setzen würden, so wie es die EU vor 10 Jahren mit dem LEADER-Programm gemacht hat: Gelder an diejenigen zu zahlen, die Initiativen in die Lage versetzen, die ländliche

Entwicklung selbst in die Hand zu nehmen. In Zentral- und Osteuropa gibt es zahlreiche Beispiele für erfolgreiche ländliche Entwicklung. Diese Projekte sind hauptsächlich durch Basisinitiativen ins Leben gerufen. Aber viele Regierungen wollen nicht wahrhaben, dass sie auf diese Initiativen angewiesen sind, wenn die Integration gelingen soll.

Die Verwaltungen der Kandidaten und die EU-Kommission nehmen den Prozess der Umwandlung und Anpassung nicht ernst genug. Die neuen Bedingungen des gemeinsamen Marktes, der Verantwortung für Qualität, Herkunft und Vermarktung müssen von den Menschen erst verstanden und angenommen werden, damit sie umgesetzt werden können. Die EU und die neuen Mitgliedsstaaten müssen in die Menschen investieren, nicht in Preisstützung und Marktintervention.

Andrzej Novakowski ist Mitarbeiter im Europäischen AgrarKulturKonvent (www.agricultural-convention.org).

Hannes Lorenzen arbeitet als Berater für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung im Europäischen Parlament.

*Vorabdruck aus dem kritischen Agrarbericht 2003, erscheint im Januar 2003



Vertreterinnen ländlicher Gemeinden in Südpolen informieren sich auf einem Seminar über die EU-Agrarpolitik – ein System, das nicht weniger bürokratisch ist, als aus Zeiten des Kommunismus gewohnt, aber ein viel komplizierteres Haushalts- und Finanzsystem hat.
Foto: Erdmanski-Sasse

Länder. Nach Aussagen eines Mitarbeiters der Kommission steht SAPARD auch eher für Investitionen in große Strukturen als für ländliche Entwicklung. Da nur Projekte gefördert werden, die vom Projektträger kofinanziert werden und Kleinbauern wegen fehlender 'Sicherheit' gewöhnlich keinen Zugang zu Krediten haben, gehen die SAPARD-Gelder hauptsächlich an die, die sowieso finanziell abgesichert sind. Das muss sich in der Förderpolitik dringend ändern.

Es gibt aber weitere wichtige Themen im ländlichen Raum, die angepackt werden müssen: Spezialwissen und Fertigkeiten zur Diversifizierung der

TRITT“-Programm als ergänzende Maßnahme zu SAPARD vorgeschlagen. Dadurch könnten die Beitrittsländer auf die Nutzung des LEADER Programms vorbereitet werden. Der Agrarausschuss des EU-Parlaments hat in den Jahren 2001 und 2002 zusätzliche Haushaltslinien beschlossen, um diese Maßnahmen einzuführen. Die Kommission lehnte sie aber leider mit der Begründung ab, dass eine ordentliche Abwicklung zu viel Zeit und Personal in Anspruch nehmen würde.

Andrzej Novakowski
Hannes Lorenzen

*Vorabdruck kritischer Agrarbericht 2003

Stimmung in der Landwirtschaft

Was sagen Bäuerinnen, Bauern und andere Aktive zu der zweiten Amtszeit von Renate Künast? Welche Erwartungen haben sie an die Ministerin? Welche Konsequenzen ziehen sie für den eigenen Hof? Und wie wirkt sich die Fortsetzung der neuen Agrarpolitik auf ihre eigene politische Arbeit aus?

Soziale Wende

Für die kommende Legislaturperiode wünsche ich mir, dass die Agrarwende stärker als bisher nicht nur eine ökologische sondern auch eine soziale und eine Strukturwende wird. Dem Wunsch im Koalitionsvertrag nach leistungsfähigen Betrieben, die im europäischen und internationalen Wettbewerb bestehen können, folgt aber voraussichtlich weiterhin ein Wachsender-oder-Weichen – und zwar nicht nur im Bereich der „Massenproduktion“, sondern mittlerweile zunehmend auch in den klassischen Nischen, wie Ökolandbau und Direktvermarktung. Viele verbraucher-, tierschutz- oder umweltpolitisch begründete Maßnahmen, deren Beweggründe und Ziele ich unbedingt teile, entfalten in der Praxis – zumindest mittelfristig – häufig nachteilige Wirkungen für kleinere Betriebe. Arbeits- und Kostenbelastungen treffen sie in der Relation zu größeren Betriebseinheiten stärker. Geben sie auf, gehen nicht nur (Teilzeit)Arbeitsplätze verloren, sondern zunehmend auch kulturelle Bindungen zwischen Gesellschaft und Landwirtschaft. Am



Ulrike Ottenottebrock-Völker, Bäuerin aus Westfalen und Mitglied im Vorstand des Agrarbündnisses

meisten unterschätzt und daher wenig beachtet wird aktuell aber ihre positive Umweltbedeutung, die sich durch die Vielfalt der kleinen Feldstrukturen ebenso wie durch die Vielzahl der Beteiligten mit ihren unterschiedlichen Bewirtschaftungsentscheidungen ergibt. Werden Maßnahmen mit falschen Bildern im Kopf geplant ergeben sich selten befriedigende Ergebnisse. Eine genaue Bestandsaufnahme, wie Landwirtschaft derzeit unter den verschiedensten Aspekten verfasst ist, halte ich für unbedingt notwendig für eine erfolgreiche Agrarwende. Gleichzeitig gehört dazu eine Überprüfung, inwieweit bestehende sozialpolitische, steuerliche und viele andere Regelungen eine Umorientierung der landwirtschaftlichen Betriebe behindern.

Teils Bedrohung

Bei der Politik von Renate Künast bewerte ich positiv, dass sie die Grüne Gentechnik erschweren will. Ich erwarte ein weiteres Vorantreiben der verbraucher-, tier- und umweltschutzorientierten Agrarpolitik, das finde ich vom Ansatz her auch positiv. Doch in der Landwirtschaft, wie ich sie aus meiner Region kenne, wirken diese Ziele ohne Ansatzpunkte übergestülpt und werden teils als Bedrohung empfunden. Ich befürchte, dass es weiterhin einen schlechten Draht geben wird zwischen dem Berufsstand und dem Ministerium. Das liegt auch am Berufsstand, aber vor allem lässt die Ministerin eine gehörige Portion Verständnis und Einfühlungsvermögen für die Landwirtschaft vermissen. Nach meiner Einschätzung wird es immer weniger Interesse von Seiten der Politik an der besonderen Situation kleiner landwirtschaftlicher Betriebe geben. So wird auch im Koalitionsvertrag nur auf die strukturbedingten Probleme der großen ostdeutschen Betriebe eingegangen. Meines Erachtens wird auf den Höfen weniger Geld als bisher ankommen, wenn mehr, dann nur nach kostensteigernden Auflagen, die gerade mal die zusätzlichen Kosten tragen. Für unseren eigenen Hof sehe ich zunehmend unproduktive Kontrollen, Qualitätssicherungssysteme, Audits, Zertifizierung – Schreibkram. Ob es für Bauern ein effektives Kosten-Nutzen-Verhältnis gibt, wird nicht mehr gefragt. Bei diesem allgemeinen Trend geht Künast auf nationaler und auf EU-Ebene mit.



Dorothee Biermann, Milchviehbäuerin aus dem Sauerland

In meiner eigenen politischen Arbeit werde ich mich zunächst etwas zurückhalten, da ich mich nicht für Nebenziele instrumentalisieren lassen will. Denn mir geht es bei der Agrarpolitik in erster Linie um die Landwirtschaft. Da steht mir auch in der AbL der Umwelt- und Tierschutz und die Verbraucherpolitik momentan zu sehr im Vordergrund.

Vieles fehlt

Die Koalitionsvereinbarungen sind sehr allgemein gehalten. Was uns fehlt sind detaillierte Aussagen zu den neuen Bundesländern, z.B. zur verkrachten LPG-Umwandlung oder zur weiteren Industrialisierung der Tierhaltung. Das finden wir schon enttäuschend, wie wenig gesagt wird in Richtung differenzierter Strukturentwicklung. Das einzige Positive im Koalitionsvertrag ist das Aktionsprogramm bäuerliche Landwirtschaft. Damit, denke ich, lässt sich eine ganze Menge verknüpfen. Was mich sehr gewundert hat, ist, dass unser Vorschlag im Bereich der erneuerbaren Energien nicht beachtet wurde: die Beimischung von Bioethanol in Benzin wie auch in Frankreich würde z.B. den Roggenmarkt entlasten und einen Beitrag zum Klimaschutz bedeuten. Vieles im Vertrag bleibt sehr allgemein, das eine oder andere wird man in den konkreten Auseinandersetzungen noch aufnehmen können. Erschreckend fanden wir die Festsetzung im außenpolitischen Teil des Koalitionsvertrages, dass Ausgleichszahlungen gekürzt werden, um die EU-Osterweiterung zu finanzieren. Das trifft uns in der Landwirtschaft natürlich existenziell.

Meine Erwartung an Ministerin Künast ist, dass sie sich stärker mit der landwirtschaftlichen Praxis auseinandersetzt und auch eine andere Kommunikationsstruktur gegenüber den Bauern und Bäuerinnen aufbaut. Wir erwarten eine intensivere Auseinandersetzung mit deren Problemen. Wir bieten Ministerin Künast unsere Zusammenarbeit an. Auch in Zukunft werden wir auf der Fachebene aktiv mitarbeiten und unsere Vorschläge unterbreiten. Die kritisch konstruktive Begleitung der Agrarwende werden wir fortsetzen, vor allem in ihrer Bedeutung für die neuen Bundesländer. Ich denke mit den Staatssekretären des BMVEL wird man da noch mehr zusammenarbeiten müssen.



Jochen Dettmer, Generalsekretär des Deutschen Bauernbundes

Mitwirken

Durch die zweite Amtszeit von Renate Künast als Bundeslandwirtschaftsministerin besteht nun die Möglichkeit, eine 50 Jahre fehlgeleitete Agrarpolitik nachhaltiger neu auszurichten, das begrüße ich. Ich hoffe auch auf Maßnahmen wie ein Aktionsprogramm bäuerliche Landwirtschaft, dass eine Politik mit neuen Zielen und Werten sich durchsetzt. Diese Politik soll sich in der Verwaltung und auch in der Verwaltung, die auf den Höfen erforderlich ist, niederschlagen. Ich setze auf eine arbeitsplatzorientierte Politik, die umwelt- und tiergerechter ist. Bei der sich aber Mehraufwand irgendwo in einem Preis wiederfindet, der nachhaltig die soziale, ökonomische und ökologische Wahrheit sagt. Für meinen Hof sehe ich die Chance, Wettbewerbsbenachteiligungen von Grünlandbetrieben und -regionen abzubauen und dass wir eine gerechtere Politik bekommen. Damit meine ich, dass da in der Landwirtschaft, wo die Arbeit ist, wo vielfältig gewirtschaftet wird mit tierfreundlichen Methoden und Betriebe auch von Nahrungserzeugung leben wollen, sich das auch in einem befriedigenden Preis wiederfindet. Dafür brauchen wir eine Grundprämie. Ich hoffe, dass wir dahin kommen. Für den Hof im kleineren will ich in vielen kleinen Schritten Verbesserungen angehen. Ich befürchte, dass mehr Verwaltungsaufwand auf mich zukommt. Da



Bernd Voss, konventioneller Milchbauer aus Schleswig-Holstein und Mitglied im Bundesvorstand der AbL

Wenn wir offene Ohren gefunden haben, besteht erst recht die Pflicht, dran zu bleiben. Ich werde weder in eine Euphorie verfallen noch mich zurückziehen. Es bewegt sich nicht allein etwas, weil ich es will, sondern erst mit Bündnispartnern.

Strukturen des Apparats durchschütteln

Meine negativen Erwartungen zuerst: Künast hat weitgehend die Ausrichtung der Erzeugerpreise am Weltmarktpreis akzeptiert und auch all das, was damit zusammenhängt: die Entkoppelung von Preis und Einkommen. Das heißt, dass Bauern über ihre Produkte nicht mehr ihr Einkommen erwirtschaften. Die jetzt schon vorgeschriebenen und noch neu dazukommenden Kontrollen führen zum Teil zu ganz entwürdigenden Situationen zwischen Kontrolleur, Kontrolle und Staat auf der einen Seite und den Bauern auf der anderen Seite. Bei der Vielzahl von kontrollierten Tatbeständen hat der Bauer schnell gegen irgendeine Vorschrift verstoßen und muss mit bedrohlichen Strafen rechnen. Das ist eine schwerwiegende Auswirkung dieser Politik mit der Ausrichtung am Weltmarktpreis. Deshalb ist es notwendig, wenigstens bürgerliche Vertragsverhältnisse zwischen Bauern und dem Staat als Kontrolleur einzurichten. Damit die Verhältnisse zuverlässig sind, dass man sich auch wehren kann und vor der Kontrolle nicht Angst haben muss, weil man nicht überblicken kann, ob man auch alle Bestimmungen eingehalten hat.

Eine Korrektur an diesem Kurs halte ich für notwendig. Nur wenn eindeutige Zeichen von der rot grünen Regierung kommen, können wir die starke Polarisierung zwischen Bio auf der einen Seite und konventionell auf der anderen Seite aufheben. Die breite Mehrheit der Bauern fühlt sich ja von Künast in die Ecke der Umweltverschmutzer gestellt. Von einer neuen Agrarpolitik würde ich mir wünschen, dass man diese Polarisierung zurücknimmt und der Masse der Bauern eine Zukunft eröffnet. Ansonsten wird man die angestrebte Ausweitung des Ökolandbaus nicht zustande bringen können. Die Politik muss zur Existenzsicherung beitragen und zugleich Veränderungen der Anbauweisen und der Tierhaltungsformen vorantreiben.

Positiv an der bisherigen Entwicklung ist, dass Agrarpolitik endlich mal zum Teil aus der Ecke des Lobbyismus und der Geheimdisziplin herausgekommen ist. Künast hat es geschafft, dass Agrarpolitik wieder zu einer öffentlichen Sache wird und die Gesellschaft darüber debattiert. Und dass nicht nur die einschlägigen Lobbyisten der Agrarindustrie das Sagen ha-

ben. Dieser alte Apparat legt einer neuen Politik immer wieder Steine in den Weg. Dann wird auf den alten Seilschaften entschieden, was umgesetzt wird. Deshalb kommt es nicht allein darauf an, dass oben gute Ideen eingespeist werden. Die Strukturen, die ja in dem gesamten Landwirtschaftsapparat in den Kammern, in den Ämtern, in den Schulen, in den Beiräten, den Agrarwissenschaften usw. bestehen, diese Strukturen müssen durchgeschüttelt werden und die Apparate erneuert werden, neue Leute müssen hinzukommen, in Anhörungen verschiedene gesellschaftliche Gruppen zu Gehör kommen. Mehr Demokratie in der Landwirtschaft wäre ein großer Schritt in die richtige Richtung.

Erwarten würde ich, dass in Zukunft junge Menschen in der Landwirtschaft eine Perspektive sehen können.

Wenn das, was dazu in der Koalitionsvereinbarung angedeutet wird, nicht nur unverbindlich verhallt, wie vor vier Jahren das Bündnis für Arbeit, sondern wenn wirklich Initiativen ergriffen werden, die die Neugründung von Bauernhöfen ermöglichen – das wäre sehr wichtig. Man kann nicht nur die bäuerliche Landwirtschaft verteidigen, es muss auch immer wieder Neue geben, die in der Landwirtschaft anfangen, Höfe gründen und damit Gedanken und Initiativen in die Landwirtschaft bringen. Das ist eine meiner großen Hoffnungen und bei den Studenten der Landwirtschaft hier in Witzenhausen sehe ich, dass das nicht nur mein Wunschtraum ist. Hier wollen viele Landwirtschaft betreiben, die nicht vom Hof kommen.

Vielleicht können wir von der Uni noch zu etwas anderem beitragen. Der Agrarbericht des Landwirtschaftsministeriums ist betriebswirtschaftlich ausgerichtet. Er müsste ergänzt werden mit Berichten über die wirklichen sozialen Verhältnissen der Landwirtschaft: der landwirtschaftlichen Familien, der Haushalte. Wir müssen erfahren, wie es auf den Höfen aussieht. Das ganze breite Spektrum von den Vollerwerbsbetrieben bis zu den Nebenerwerblern und „Hobby“-Bauern muss zur Sprache kommen. Sonst diskutieren wir in der Agrarpolitik nur über abstrakte Modelle. Um überhaupt zu begreifen, wie sich politische Maßnahmen auswirken, muss darüber regelmäßig berichtet werden. Dazu würde ich gerne etwas beitragen.



Götz Schmidt, Dozent an der Universität Kassel/Witzenhausen und langjähriger Aktiver und Mitgründer der Abl.

Erwarte wenig

Dass Frau Künast weiter Ministerin bleibt, freut mich. Ich wünsche ihr auch viel Kraft dazu, dass sie das, was sie angefangen hat, auch durchhält. Ich selber setze betrieblich keine großen Erwartungen in ihre Ministerinnenzeit. Ansonsten bleibe ich abwartend. Auch sie steckt in vielen internationalen, nationalen und partei-internen Zwängen, da wendet es sich viel schwerer als viele es dachten und wir es uns gewünscht hatten. Von ihren Amtsvorgängern haben wir gar nichts erwartet, da läuft man dann jetzt Gefahr, die Erwartungen gar zu hoch zu hängen, „enttäuscht“ zu werden und dann ungerecht zu urteilen. Ich will auch jetzt soweit ich es kann, politisch dranbleiben und schauen was geht ...

Unsere hofinternen Entscheidungen sehe ich im Augenblick nicht groß davon beeinflusst. Das mag an unserer Betriebsform



Bärbel Endrass bewirtschaftet in Baden-Württemberg einen Bio-Hof mit Hühnern, Erdbeeren und hohem Anteil an Selbstvermarktung

liegen, mit der wir, flächenarm und ohne beihilfefähiges Grünzeug oder Viehzeug, eher von unseren eigenen Ideen abhängig sind als von agrarpolitischen Vorgaben.

Beim Investieren allerdings können wir von diversen, jetzt auch im Umfang reduzierten Investitionsförderprogrammen profitieren.

Als Biobetrieb sind wir gespannt auf die Fortentwicklung des Ökolandbauprogramms, wobei wir der ganzen Sache in ihrem bisherigen Verlauf eher gespalten gegenüberstehen.

Interessiert warte ich auch auf die ersten Lebenszeichen des Programms bäuerliche Landwirtschaft

Aufgegabelt

Einfaches Weltbild

„Knapp zwei Jahre grüne Agrarpolitik à la Künast haben die Stimmung nachhaltiger gedrückt, als es BSE, schlechte Preise oder die übermäßige Brüsseler Bürokratie vermocht hätten.“

Heinz Günther Topüh, Chefredakteur top agrar

Ungebrochen

„Unsere Betriebe sind gut organisiert. Unsere Ausbildung und unser Know-How ist hervorragend. Deshalb brauchen wir uns nicht zu verstecken und werden notfalls auch weitere vier Jahre rot-grüne Agrarpolitik überstehen!“

Franz-Josef Möllers, Präsident des westfälisch-lippischen Bauernverbandes

Kehrtwende?

„Wenn der Wahlkampf- Rauch verzogen ist, sollte man einen Neubeginn wagen und verstärkt nach Gemeinsamkeiten suchen.“

Franz-Josef Budde, Chefredakteur des Landwirtschaftlichen Wochenblatts Westfalen-Lippe

Aus den Fehlern der Vergangenheit lernen

Auf einen derartigen Ausbruch der Maul- und Klauenseuche wie in Großbritannien war Europa nicht vorbereitet. Eindrücke und Analysen aus dem Umgang mit der Seuche schildert Wolfgang Kreissl-Dörfler, Berichterstatter des EU-Sonderausschusses

Es ist noch nicht lange her, da flimmerten Bilder von aufgetürmten Tierkadavern, protestierenden Bauern und entsetzten Tierschützern über den Fernseher.

In der Folge der Maul- und Klauenseuche wurden im Vereinigten Königreich mehr als 6,5 Millionen Rinder, Schafe, Schweine, Ziegen und Wildtiere getötet. Andere Angaben sprechen von 10 Mio. Tieren. Im Zuge der sogenannten Seuchen-Bekämpfungsmaßnahmen wurden jedoch nicht nur infizierte Tiere gekeult, sondern auch zahlreiche gesunde Tiere notgeschlachtet. Deren anschließende Beseitigung durch das Verbrennen auf Scheiterhaufen führte zu massiver Kritik und Unverständnis in der Bevölkerung über die eingeschlagene Strategie der EU und der betroffenen Mitgliedsstaaten. Monatlang beherrschte das Thema die öffentliche Diskussion.

Vor diesem Hintergrund beschloss das Europäische Parlament am 16. Januar 2002 die Einsetzung eines Sonderausschusses zur Maul- und Klauenseuche (MKS), zu dessen Berichterstatter ich ernannt wurde. Hierbei ging es nicht darum, einzelne Regierungen – wie z.B. die britische – und deren eingesetzte Ausrottungsstrategie zu verurteilen. Im Vordergrund stand vielmehr, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, um bei einem erneuten Ausbruch eine Mensch und Tier gegenüber verantwortungsvolle Seuchenpolitik einzusetzen.

Zahlreiche Anhörungen und Besuche in Großbritannien und den Niederlanden haben deutlich gemacht, dass eine Politik, die allein durch Massenschlachtungen eine Krankheit wie MKS auszurotten sucht, nicht länger von der Gesellschaft getragen wird. Mehr denn je ist ein Umdenkungsprozess erforderlich – und zwar nicht nur im Bereich der Seuchenpolitik, sondern auf dem gesamten Gebiet der Landwirtschaftspolitik. Insbesondere die MKS-Krise hat offen gelegt, dass im Zuge von Massentierhaltung und einer voran schreitenden Globalisierung der Agrarpolitik jegliches Maß an verantwortungsvollem „Landwirtschaften“ verloren zu gehen droht.

Die menschliche Dimension

Dazu zählt allerdings nicht nur der Umgang mit den Tieren, sondern auch das Verhältnis von Mensch zu Tier. Eine zukünftige Seuchenpolitik muss vor allem auch Rücksicht auf die Menschen nehmen, die unmittelbar betrof-

fen sind. Hierbei geht es nicht nur um erlittene materielle Schäden oder entgangene Handelsgewinne: Wer mit ansehen musste, wie sein gesamter Tierbestand getötet und verbrannt wurde



„Ent Europa“ = „Impfe Europa“ – diese niederländischen Kinder protestierten am 24. Mai 2002 in der Provinz Gelderland/Niederlande (v.l.n.r.: Neil Parish, Wolfgang Kreissl-Dörfler, Albert Jan Maat, alle Mitglieder des Sonderausschusses zur MKS)

und am nächsten Tag in einem leeren Stall stand, für den kann es kein „Zurück zur alten Politik“ der bedingungslosen Ausmerzung durch Keulung geben.

Natürlich stellt sich an dieser Stelle die Frage, welche Form der Seuchenpolitik eingeschlagen werden soll. In zahlreichen Anhörungen des Sonderausschusses wurden hierzu verschiedene Experten, Veterinäre wie Epidemiologen, befragt. Die Mehrheit der Fachleute betonte, dass Notfallimpfungen – wenn auch nur unter bestimmten Voraussetzungen – der sogenannten „stamping-out“-Strategie (Keulung der Bestände) vorzuziehen seien.

Gestützt auf diese Aussagen befürwortete ich daher in meinem Berichtsentwurf, Notfallimpfungen in Zukunft als Mittel erster Wahl zur Bekämpfung der MKS einzusetzen – und zwar unter der Bedingung, die geimpften Tiere später am Leben zu erhalten. In diesem Sinne befürworten wir darüber hinaus den Handel von Produkten geimpfter Tiere. Denn weder das Fleisch noch andere tierische Produkte wie Milch stellen aus medizinischer Sicht eine Gefahr für den Konsumenten dar. Das gerne von Lebensmittelkonzernen vorgebrachte Argument, der Verbraucher akzeptiere jene Produkte nicht, konnte

ebenfalls nicht erhärtet werden. Angesichts der Tatsache, dass Nutztiere gegen zahlreiche Krankheiten geimpft werden, scheint diese Haltung eher marktwirtschaftlichen Interessen zu

entspringen. Denn gegen MKS-geimpfte Tiere und deren Produkte dürfen laut internationaler Abmachungen weder exportiert noch auf dem EU-Binnenmarkt gehandelt werden. Eine Politik, die allein wirtschaftlichen Überlegungen folgt, muss in Zukunft jedoch hinterfragt werden. Die Erfahrungen haben uns gelehrt, dass wirtschaftliche Auswirkungen – und zwar unter Einbeziehung aller vor- und nachgelagerter Bereiche – im Konzept einer Seuchenpolitik genauso zu berücksichtigen sind wie die psycho-soziale Situation der Betroffenen (gemeint sind insbesondere Landwirte wie Züchter und deren Familien wie auch alle anderen mittelbar betroffenen Personen). Dies gilt umso mehr, wenn man den insgesamt entstandenen finanziellen Schaden der Ausrottungsstrategie in Verhältnis zu den verloren gegangenen Exporterlösen setzt. Allein die Verluste, die im Tourismussektor verzeichnet wurden, lagen beispielsweise in Großbritannien, laut Schätzungen, zwischen 2,7 und 3,2 Mrd. Pfund Sterling während die Ausgaben der Regierung im Rahmen der MKS-Bekämpfung 2,8 Mrd. Pfund betragen. Die Gesamtexporterlöse von Lebewesen und deren Produkten belaufen sich hingegen nur auf 1,3 Mrd. Pfund Sterling.

Vom schlimmstdenkbaren Fall ausgehen

Was die Notfallpläne angeht, so sind diese in Zukunft dahin gehend auszuarbeiten, dass auch der schlimmstdenkbare Fall einer MKS-Verbreitung berücksichtigt wird. Dieser war wohl in Großbritannien gegeben – leider ohne ausreichenden Notfallplan. Die Frage, ob wir bei einem großen Seuchenzug in der EU ebenfalls alle Tiere keulen würden, scheint in diesem Zusammenhang berechtigt. Davon wären rund 320 Millionen Tiere betroffen. Unvorstellbar. Wer jedoch vom schlimmsten Fall ausgeht, muss sich zumindest für eine Notfallimpfung aussprechen. Ein Zurück zur präventiven Impfung, wie sie bis 1992 praktiziert wurde, wird es in absehbarer Zeit wohl nicht geben. Dem stehen eindeutig Handelsinteressen entgegen. Nach wie vor gibt es in den USA wie auch Japan Importverbote für Produkte, die von geimpften Tieren stammen. Da die Landwirtschaft der EU – auf Grund der eigenen Weltmarktorientierung – sehr stark von Exporten abhängig ist, stellt die vorgeschlagene Notimpfung somit einen vorerst gangbaren Weg dar. Hinzu kommt, dass bislang noch kein Markerimpfstoff existiert, mit dem geimpfte von erkrankten Tieren eindeutig unterschieden werden können.

Der Ausschuss für MKS des Europäischen Parlaments besitzt zwar selbst keine legislative Kompetenz, dennoch findet seine Stellungnahme große Beachtung in der Europäischen Kommission wie auch in Internationalen Institutionen und in der Öffentlichkeit: Obwohl die Kommission in ihrem im Oktober vorliegenden Bericht immer noch der Schlachtung Vorrang einräumt, schließt sie Notfallimpfungen unter bestimmten Voraussetzungen nicht mehr rigoros aus. Auch das Internationale Seuchenamt (OIE) in Paris ist inzwischen ein Stück von seiner starren Haltung abgewichen. Im Mai entschied das OIE, den Status „MKS-frei ohne Impfung“ nun bereits nach sechs, statt bisher 12 Monaten zu vergeben.

Wolfgang Kreissl-Dörfler,
Berichterstatter des Sonderausschusses zur Maul- und Klauenseuche im Europäischen Parlament

Weitere Informationen zur Arbeit des Ausschusses sowie den Berichtsentwurf finden Sie unter www.europarl.ep.ec/committees/fiap_home.htm oder unter www.Kreissl-Doerfler.de

Wurzeln in einer globalisierten Welt

Unter diesem Motto fanden erstmals bundesweit Aktionen am Tag der Regionen statt

Der Tag der Regionen gewinnt an Breite. Im bayerischen Landkreis Rosenheim starten am 6. Oktober 14 neue Bauernmärkte, während in Neumarkt in der Oberpfalz sich Prominente zu einer Staffette für „ein Menü der kurzen Wege“ einfinden. Direkt vom Erzeuger wurden die Bestandteile des Menüs abgeholt und medienwirksam zum Koch geradelt. Ziel des Aktionstages ist es, Menschen so von den Vorteilen des regionalen Wirtschaftens zu überzeugen, dass es sich im alltäglichen Einkaufsverhalten wiederfindet. Viele Bauern sehen bei der Vorbereitung für den Tag der Regionen allerdings mehr Arbeit als Nutzen für sich und ihren Hof: Sitzungen, Diskussionen über Themen ohne landwirtschaftlichen Bezug. Gerade die Bäuerinnen und Bauern, die auf ihren Höfen

kreative Ideen für neue Vermarktungsansätze oder erweiterte Einkommensmöglichkeiten gefunden haben, sind häufig so mit ihrem Alltag beschäftigt, dass für weiteres Engagement keine Zeit und Energie mehr bleibt. Ohne gesellschaftliche Bündnisse lässt sich weder für Verständnis für die Landwirtschaft noch für gerechte Preise für landwirtschaftliche Produkte werden.

ms



Mitglieder des deutschen Naturschutzrings ließen sich am 6. September vor den Hochhäusern der Deutschen Bank in Frankfurt am Main in 30 m Höhe aufhängen. Aufhängen wie einst die Münsteraner Andersgläubigen vor ihrer Kirche zum Verhungern und in Käfigen wie aussterbende Arten im Zoo. Foto: ALLS



Unilever-Zuschlag für Strohhaltung

Der Unilever-Konzern zahlt im Rahmen seiner Fleischmarke „Du darfst“ für Fleisch aus artgerechter Haltung Aufschläge bis zu 18 Cent pro kg Schlachtgewicht (bei höheren Mastendgewichten), allerdings abzüglich von Beiträgen z.B. an die Erzeugergemeinschaft Schwäbisch-Hall. Bedingungen sind: artgerechte Haltung auf Stroh, 80% Futter vom Hof oder aus der Region, kein Gentechnik-Futter, Salmonellen-Freiheit und geschlossene Ketten von Erzeugung bis Verarbeitung mit maximal zwei Stunden Tiertransport. Das Unilever-Fleischwerk Schafft in Ansbach hat hierfür laut top agrar fünfjährige Verträge abgeschlossen. pm

Nudeln vom Hof für die Region

Mit der hofeigenen Eiverarbeitung erzielen Kempkensteffens ein ausreichendes Einkommen. Auf ihrem Hof trafen sich Kollegen und Pressevertreter, um ein erfolgreiches Beispiel für den Tag der Regionen zu besichtigen

Goldgelb, Zimtbraun oder gleich in Rot, Gelb und Grün stapeln sich die Nudeln auf dem Hof der Familie Kempkensteffen im westfälischen Mastholte. Auf dem Hof mit 2.500 Legehennen und 15 ha Ackerland musste sich die Familie etwas einfallen lassen, um ein ausreichendes Einkommen zu erzielen. Was in Süddeutschland auf jedem Wochenmarkt zu finden ist, gilt in Westfalen als Neuheit: hofeigene Nudelherstellung mit den ansonsten kaum zu vermarktenden kleinen Eiern und Knickeiern. Seit gut einem Jahr haben sich Veronika und Reinhard Kempkensteffen in die Nudelherstellung eingearbeitet, haben je nach Nudelform die richtige Teigkonsistenz ausgetastet, sich einfache und selbstgebaute Lösungen zum Abfüllen, Trocknen und Abwiegen der Nudeln überlegt.



Veronika Kempkensteffen und ihr Mann Reinhard stellen in der ausgebauten Deele aus Knickeiern Nudeln her und vermarkten Nudeln und Eier selbst. Foto:

touren vertreiben sie ihre Eier mehrmals die Woche. Nun bieten sie dort auch ihre Nudeln an. Viele sind interessiert und zahlen für 500 g Nudeln direkt vom Hof gerne 2,30 bis 2,50 Euro. Zunehmend liefern sie auch an Hofläden. Als hilfreich für die Arbeit schätzt Reinhard Kempkensteffen den Arbeitskreis Direktvermarktung von der Kammer aus Westfalen. „Dort treffe ich Kollegen und habe schon manch einen Hofladen gefunden, der statt Industrienukeln nun unsere verkauft.“

Die eigenen Hennen ziehen sie weiterhin selbst aus Eintagsküken groß, da sie so weniger Krankheitsprobleme haben und bessere Legeleistungen erzielen, so Veronika Kempkensteffen. Auf ihren Äckern bauen sie Futter für die Hennen an: Weizen, Triticale, Gerste und Körnermais. Zugekauft wird noch Soja- und Mineralfutter.

Große Vielfalt an Nudeln angeboten

Auf Messen hatte Reinhard Kempkensteffen schon mal bei Herstellern von Nudelmaschinen nachgefragt, ein paar Tipps gab es von dem bayerischen Bauern, von dem sie ihre Nudelmaschine gekauft haben. „Lehrgänge oder Seminare dazu gibt es nicht“, schildert Reinhard Kempkensteffen seine Erfahrungen. Heute kann eine Person Herstellung, Abpacken und Etikettieren in wenigen Stunden erledigen. Pro Woche stellt die Familie rund 60 kg Nudeln her. Für die „Mastholter Landnu-

deln“ werden nur zugekaufter Hartweizengrieß, frisch aufgeschlagene Eier statt Flüssigei, Salz sowie für die unterschiedlichen Varianten Tomaten-, Spinat- oder Steinpilzpulver verwendet.

Heute bieten sie über 20 verschiedene Sorten an: Spirellis, Bandnudeln und Spagetti, Zimtnudeln für den süßen Nachtmisch oder für Großabnehmer auch mal eine Sonderproduktion. Selbst für Zöllnik-Erkrankte, die nicht das im Weizenmehl enthaltene Gluten essen dürfen, bieten sie eigene Nudelsorten aus Reis- und Maismehl an. „Wir haben nach und nach investiert“, erklärt Reinhard Kempkensteffen seine Herangehensweise: Lieber langsam heran gehen!

Mit der eigenen Vermarktung der Eier hat die Familie schon lange Erfahrungen gesammelt, über Wochenmärkte und Eier-

Kollegen sind interessiert

Der Hof des Ehepaars war anlässlich des Tag der Regionen zentraler Anlaufpunkt der 16 Höfe des Kreises Gütersloh, die sich vor fünf Jahren zum Arbeitskreis „Direktvermarktung“ zusammengeschlossen haben. „Etwas Werbung schadet ja auch nicht“, so das Ehepaar. ms

Kontakt unter 02944-7701



Eine erfreuliche Nachricht

In der letzten Bauernstimme berichteten wir über den Fall von Thomas Schröder aus Mecklenburg-Vorpommern, der öffentliche Pachtflächen der BVVG im Zuge eines Bodenordnungsverfahrens nicht weiter bewirtschaften soll. Eine positive Lösung zeichnete sich zwar schon ab, aber nun hat Herr Schröder die schriftliche Bestätigung, dass er Flächen über einen langfristigen Vertrag zu pachten bekommt. Das ist natürlich sehr erfreulich, aber es sollte nicht der Aufwand und bürokratische Kleinkrieg vergessen werden, der dieser Entscheidung vorausging – denn: was wäre, wenn Schröders Nachbar Peters sich nicht so intensiv für ihn eingesetzt und manchen Ärger in Kauf genommen hätte???

Beschwerde der IG-Boden bei EU-Kommission

Jörg Gerke, Landesvorsitzender der Abl Mecklenburg-Vorpommern und Sprecher der Landwirte-Interessengemeinschaft für eine gerechte Verteilung öffentlicher Flächen in Ostdeutschland (IG-Boden), kritisiert seit Jahren, dass kleine und mittlere Betriebe bei der Vergabe öffentlicher Pachtflächen benachteiligt würden. Nun liegt eine Beschwerde wegen „Nichtbeachtung des Gemeinschaftsrechts“ in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns bei der EU-Kommission in Brüssel vor. Die Kommission, die das Wettbewerbsrecht überwacht, wird aufgefordert, die Vergabepaxis von Pachtflächen der bundeseigenen Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG) zu überprüfen. Kernpunkte sind: die automatische Pachtverlängerung ab 2004 auf 18 Jahre, das Vorkaufsrecht vergünstigter Flächen durch Pächter, Pachtstundungen durch schlechte Ernten und fehlende Transparenz bei der Verpachtung von Flächen. Beschwerdeführer Jörg Gerke erwartet, dass die EU-Kommission das Machtkartell von BVVG und Bauernverband aufbricht, da die derzeitige Vergabepaxis einer Pachtsubventionierung gleichkomme, von der derzeit 70 % der Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern ausgeschlossen sind. pm

Gefälschte Papiere vom Prinzen

Im Rechtsstreit um die ehemaligen Besitztümer des hannoverschen Königshauses in Sachsen-Anhalt hat das Regierungspräsidium Halle mitgeteilt, dass die von Prinz Ernst-August vorgelegten Beweismittel gefälscht seien. Vor zwei Jahren war der Prinz bereits vor Gericht mit seinem Begehren gescheitert, seine Güter (nahezu der gesamte Ostharz) zurück zu bekommen. en

Stroh-Einspeisungs-Gesetz

Dänische Stromerzeuger sind von der dänischen Regierung verpflichtet worden, pro Jahr 1 Mio. Tonnen Stroh zu verbrennen. Man will damit den Kohlendioxid-Ausstoß senken und erneuerbare Energien fördern. ED



Ruhende Potentiale wecken: energetische Nutzung von Holz.

Foto: Erdmanski-Sasse

Farmer-Armut

Das durchschnittliche Jahreseinkommen australischer Farmer liegt mit 27.000 Dollar um ein Viertel unter dem Durchschnittsverdienst des Landes. Viele Farmer leben laut *Progressive Farmer* unter der Armutsgrenze. Hinzu kommt derzeit eine verheerende Trockenheit. en

KURZES AM RANDE

Agrarpolitik gestalten

Das AgrarBündnis lädt ein

Die Agrarpolitik neu zu gestalten ist mühsam. An vielen Schrauben muss gedreht werden: „oben“ und „unten“, bei der EU und vor Ort. Alle Beteiligten müssen miteinander ins Gespräch kommen: Bäuerinnen und Bauern, Engagierte in Natur- und Umweltschutz, Verbraucherinnen und Verbraucher, Menschen aus Politik, Planung und Verwaltung, und viele andere mehr.

Das AgrarBündnis hat sich zum Ziel gesetzt, diesen Dialog zu unterstützen. Es veranstaltet daher am 10. und 11. Dezember die Tagung „Neue Agrarpolitik vor Ort – Perspektiven für den ländlichen Raum“. Gemeinsam wird diskutiert, was nötig ist und was man vor Ort tun kann. Die Politik und Verwaltung brauchen Anstöße und Ideen: von der Gestaltung der „zweiten Säule“ bis hin zu Fragen, wie weniger Bürokratie möglich ist. Viele Mitglieder der AgrarBündnis-Verbände suchen nach Anregungen, wie sie sich besser und sinnvoll einbringen können.

Die Tagung dient dazu, sich über die Richtung einer neuen Agrarpolitik zu verständigen; vor allem aber sollen Mittel und Wege diskutiert werden, wie die begonnene Ent-

wicklung voran getrieben werden kann. So steht die alte Frage neu im Mittelpunkt: Was muss sich – in Politik, Verwaltung und im alltäglichen Handeln vor Ort – ändern, damit sich etwas verändert?

Wie kann man das erreichen, was viele wollen, was aber so schwer zu sein scheint: Eine „integrierte“ Entwicklung, die die gemeinsamen aber auch die unterschiedlichen Interessen aller gleichermaßen berücksichtigt: Landwirtschaft, Naturschutz, Tourismus, Verbraucherschutz, Tierschutz und vieles mehr. Und wie kommen wir zu einer „regionalen“ Entwicklung, die es mehr Menschen möglich macht, selbst in den Regionen und auf den Höfen an dem Reformprozess mitzuwirken.

Die Tagung ist als Arbeitstagung gedacht: Der Input der Referenten dient sowohl der Information, vor allem aber als Anregung und Grundlage für eine weiterführende Diskussion in Arbeitsgruppen.

Im Vorfeld der Tagung wird das AgrarBündnis die „Wetzlarer Thesen“ erarbeiten. Sie dienen als Grundlage und Leitfaden und sollen am Ende der Tagung verabschiedet werden. *Frieder Thomas*

Kontakt s. S. 23

Kirche von Westfalen startet Bio-Energie-Projekt

Am 9. Oktober fand die Auftaktveranstaltung in Herford statt: Das Projekt BIENE.BEA.OWL. (Bioenergienetzwerk und Bioenergieagentur) will in Ostwestfalen-Lippe (OWL) dezentrale Strukturen zur Erzeugung und Verwertung von Energien aus Biomasse aufbauen und fördern. In der Trägerschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen und gefördert aus Mitteln des nordrhein-westfälischen Ministeriums (MUNLV) will das Projekt in der Zusammenarbeit mit interessierten Landwirten in den Bereichen Pflanzenöl, Holz und Biogas ein Netzwerk aufbauen, an dem sowohl die Erzeuger als auch die Nutzer regenerativer Energien eingebunden sind.

Unter dem Motto „Die Schöpfung bewahren“ betonte der Präses der evangelischen Kirche von Westfalen, Manfred Sorg, die drängen-

den gesellschaftlichen Aufgaben zum Klimaschutz und den sorgsamem Umgang mit den natürlichen Ressourcen: „Die Kirche hat sich dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung verpflichtet!“

Ulrich Lasar, Projektgeschäftsführer, for-

mulierte das Ziel von BIENE.BEA.OWL., nämlich Ostwestfalen-Lippe zu einer Modellregion der Biomasse-Energie zu entwickeln. Dieses sei nur in enger Zusammenarbeit mit der Land- und Forstwirtschaft zu erreichen. Realisiert werden sollen Modellprojekte wie: dezentrale Pflanzenölproduktion, Umrüstungen von Fahrzeugen auf den Betrieb mit Pflanzenöl, Holzheizanlagen, die mit Hackschnitzeln aus dem heimischen Forst versorgt werden; auch über neue Ansätze wie z.B. die energetische und stoffliche Verwertung von Gras wird nachgedacht.

Interessenten werden im Rahmen des Projektes beraten: erste Planungen und Kalkulationen werden durch Ingenieurbüros kostenfrei erarbeitet. Workshops und Erfahrungsaustausche mit Experten und Praktikern werden vom Projekt organisiert und von den Kooperationspartnern (u.a. ZNR – Haus Düsse, Forstamt Bielefeld, REBIO) unterstützt.

Das Projekt BIENE.BEA.OWL. hat die Anerkennung der NRW-Landesregierung als Agenda-Modellprojekt erhalten. pm

Informationen bei: BIENE.BEA.OWL., Quellenhofweg 129, 33617 Bielefeld, Tel: 0521 91 50 833, lasar@biene-bea.de, www.biene-bea.de

Auf dem elterlichen Betrieb am Stadtrand von Bielefeld sah Jobst Brockmeyer keine großen Entwicklungsmöglichkeiten. In Mecklenburg-Vorpommern konnte er einen Betrieb mit Schweinehaltung und 114 ha pachten, der von einem Wiedereinrichter aus einer LPG herausgelöst worden war und kurz vor der Pleite stand. Inzwischen hat der junge Agraringenieur und Betriebswirt aus dem Westen 60 ha als Eigentum erworben, hält 200 Sauen, 500 Mastschweine und auf zehn ha Grünland zehn Mutterkühe. Seine restlichen Pachtverträge jedoch sind so gestaltet, dass die Bewirtschaftung einem anderen Betrieb vorbehalten bleibt, so dass er die Flächen gar nicht nutzen kann und Probleme mit dem Nachweis von Dungenheiten bekommt. Deshalb hat er sich intensiv um Zupacht öffentlicher Flächen bemüht, musste aber feststellen, dass in seiner Region vier Betriebe den Pachtmarkt fest in der Hand haben. Sie alle sind aus der ehemaligen LPG mit rund 3.000 ha hervorgegangen. In seiner Region gibt es außer ihm nur noch zwei kleinere Betriebe, die auslaufen. Ansonsten arbeiten die Dorfbewohner außerhalb der Landwirtschaft, bzw. die jungen Leute wandern ab, weil es vor Ort keine Perspektiven gibt. Auf Verständnis stößt Jobst Brockmeyer nur bei den älteren Leuten, die noch die Vor-DDR-Zeiten mit einer Vielfalt kleiner Höfe wie im Westen erlebt haben. Die Generation der heute 50-Jährigen dagegen bereitet ihm Schwierigkeiten. Selbst als Fernsehen und Lokalpresse über seinen Fall berichteten, war die Anteilnahme bei den Bekannten in Bielefeld größer als bei seinen neuen Nachbarn. Schließlich hatte er sich mit den vorgefundenen Machtstrukturen im Osten arrangiert, fand ein Auskommen mit den Betriebsleitern der großen Nachbarbetriebe – kurz: hatte den Widerstand gegen die Ungerechtigkeit, die ihm hinsichtlich der Verpachtung öffentlicher Flächen widerfahren war, schon aufgegeben, als er Vertreter der AbL-Interessengemeinschaft für eine gerechte Verteilung öffentlicher Flächen in Ostdeutschland (IG-Boden) kennenlernte und sich motiviert fühlte, nun selbst über Ungereimtheiten zu berichten.

Versprechungen

Im April 1996 kaufte ich eine Schweineanlage im Herzen Mecklenburg-Vorpommerns, dem Bundesland mit mehr als 30 % volkseigener landwirtschaftlicher Nutzflächen. Ermuntert auch durch die Landesregierung, die die Schweineproduktion im Land ausbauen wollte und will. Hierzu gab das Ministerium des Landes eigens einen

Von dem Versuch, volkseigenen Boden unter die Füße zu bekommen



Jobst Brockmeyer hat die Existenzgründung in Ostdeutschland gewagt, Versprechungen von offizieller Seite hatten ihn bestärkt, aber bei dem Versuch, öffentliche Flächen zuzupachten, um mit seinem – für ostdeutsche Verhältnisse – kleinen Betrieb über die Runden zu kommen, sah er sich plötzlich angesichts herrschender Machtstrukturen im Stich gelassen.

Foto: Naumann

Leitfaden „Förderung der Schweineproduktion in Mecklenburg-Vorpommern“ heraus. Unter dem Stichwort Flächenbeschaffung liest man Folgendes: „...Betriebe, die ihre Viehhaltung aufbauen oder aufstocken wollen, werden vorzugsweise berücksichtigt. Betriebe, die die in ihren Konzepten vorgesehene Tierhaltung aufgeben oder einschränken, werden in vertretbarem Rahmen einen Teil der von der BVVG angepachteten Flächen abgeben müssen“. Dies wissend teilte ich mein Interesse an solchen Flächen dem Amt für Landwirtschaft, dem Bauernverband (Teil der Pachtkommission) und der BVVG (bundeseigene Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft) mit. Nach einer Recherche der BVVG teilte diese mir mit, dass zum 1. Juli 1997 zwölf ha Grünland und 18 ha Ackerland pachtfrei würden, auf die ich einen Antrag stellte.

Machtstrukturen

Als der Geschäftsführer der Marktfrucht GmbH, die die Flächen in Pachtung hatte und wahrscheinlich noch hat, davon erfuhr, suchte er mich auf und gab mir unmissverständlich zu verstehen, dass ihm mein Pachtantrag missfiel. Desweiteren übergab er mir ein von ihm verfasstes Schreiben mit dem Titel „Grundsätze der betriebswirtschaftlichen Zusammenarbeit“, das ich unterschreiben sollte. In diesem Schreiben verständigen sich vier der größten landwirtschaftlichen Un-

ternehmen der Region, die sich aus einer LPG herausgelöst haben, zu folgenden Grundsätzen (hier nur die zwei ersten Punkte, die den Sachverhalt Flächen berücksichtigen):

„Alle Betriebe erkennen die derzeit bestehende Aufteilung der landwirtschaftlichen Nutzflächen der ehemaligen LPG Pflanzenproduktion Tarnow auf die vier Betriebe als richtig an. Keiner wird im Nutzungsbereich des anderen ohne dessen Zustimmung landwirtschaftliche Nutzfläche pachten oder käuflich erwerben.

Die Betriebe werden sich mit allen Mitteln geschlossen gegen den Kauf landwirtschaftlicher Nutzfläche von außen schützen und wehren. In jedem konkreten Fall wird es dazu eine zwischenbetriebliche Abstimmung geben.“

Zum besseren Verständnis muss gesagt werden, dass die vier beschriebenen Betriebe über eine Fläche von jeweils 400 bis 700 ha verfügen. Mein Betrieb ist 60 ha groß und hat somit den höchsten Viehbesatz der Gegend. Mit anderen Worten: Ich konnte dieses Papier nicht unterschreiben! Um mir jedoch größere Anfeindungen zu ersparen, reduzierte ich meinen Pachtantrag bei der BVVG lediglich auf das Grünland (12 ha), was in dieser Region auch ausreichend zur Verfügung steht und was von meinen Mutterkühen genutzt werden sollte. Als Resultat bekam ich dann weder Grünland noch Ackerland zur Pachtung. Die Begründung des Referatsleiters der BVVG lautete, dass ein Schweinezucht-

betrieb wie ich keine Flächen benötige, sondern ein Marktfruchtbetrieb, da dieser vom Verkauf der Feldfrüchte lebt. Zwar auch eine plausible Erklärung, doch für mich als Bauer eine schallende Ohrfeige, da in der Landwirtschaft immer Viehhaltung und Bodenbewirtschaftung im Sinne einer Kreislaufwirtschaft zusammen gehören.

Ungerechtigkeiten

Da mein Fall nicht mehr ganz unbekannt ist und im Juni 2002 ein NDR-Redakteur bei der BVVG dazu recherchierte, teilte man diesem mit, dass man mir seinerzeit sehr wohl acht ha Grünland angeboten hätte, was ich jedoch abgelehnt haben soll. Bezüglich dieser Tatsache sind zwei Möglichkeiten denkbar:

Entweder: Mit meinem Gedächtnis ist es nicht mehr weit her, denn schriftlich gibt es dazu nichts. Oder: Bei der BVVG nimmt man es mit der Wahrheit nicht so ganz genau.

Im Herbst 1999 starb ein Nachbar mit Marktfruchtunternehmen. Da ich zwischenzeitlich den Landwirtschaftsminister persönlich kennen gelernt hatte, der mir Unterstützung zusagte, wandte ich mich an ihn, um eventuell frei werdende Flächen zu bekommen – vergebens! Auch hier wieder bekam der Geschäftsführer der Marktfrucht GmbH Kenntnis von meinem Vorgehen. Bei einem Treffen beschimpfte er mich als „Schwein“ und sagte, ich wolle doch sicher nicht, dass mir die Reifen zersto- chen würden sollte ich nicht von meinem Vorhaben Abstand nehmen.

Im Herbst 2001 ging mir zu, dass ein in

nn

Ich wolle doch sicher nicht, dass mir die Reifen zersto- chen würden.

nn

meiner Nachbarschaft befindlicher Ökobetrieb Zahlungsschwierigkeiten hätte. Hier wandte ich mich an das Amt für Landwirtschaft, um bei einer eventuellen Betriebsauflösung mit vorhandenen BVVG-Flächen berücksichtigt zu werden. Die Antwort des Amtes war, dass ich doch meine Nachbarn kennen würde, mit anderen Worten: Antragstellung zwecklos.

Erstaunlich für mich ist die Gemeinsamkeit von Amt für Landwirtschaft, Bauernverband, Landwirtschaftsministerium und BVVG, die sich offensichtlich darüber einig sind, meinen Betrieb in seiner Größe zu konservieren. Fazit: Beziehungen schaden nur dem, der keine hat – oder anders formuliert: dem, der nicht angesieilt ist.

Jobst Brockmeyer

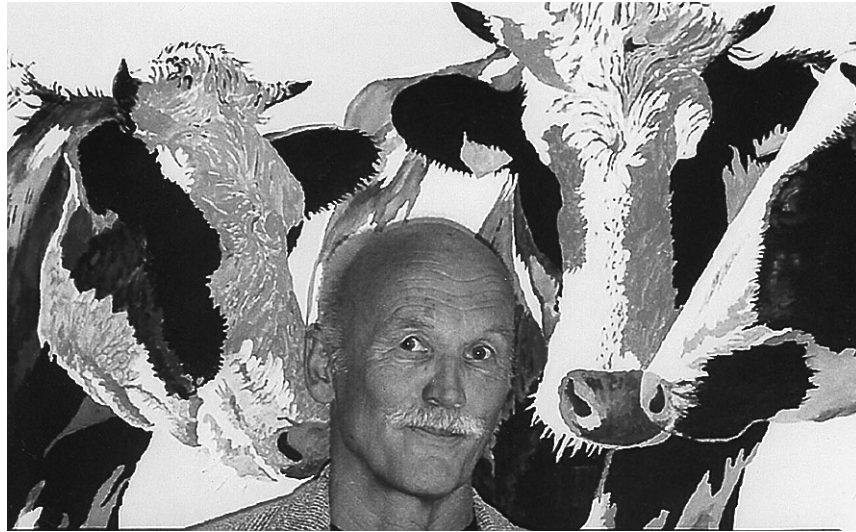
Wenn Wolfgang Ohlhaver mit seiner Familie an Weiden mit Kühen drauf vorbeifährt, dann hört er – trotz aller Sympathie von Frau und Kindern für die Rinder – oft ein leicht gequältes: „Ja, Papa, ja, da sind schon wieder Kühe...“ Und das hat folgenden Grund: Ohlhaver ist Kunstmaler, und Kühe sind seit nunmehr fünf Jahren sein Hauptmotiv.

Große Acrylfarben-Gemälde mit wunderschönen Kühen, im Hoch- und Querformat, liegend und stehend, von vorn und seitwärts gesehen, aber immer vor weißem Hintergrund – das ist Ohlhavers absolutes Markenzeichen. „Was mich an Kühen fasziniert, das ist ihre vollendete graphische Form, ihre Modernität und Räumlichkeit, ihre Farbflächen und die Licht-Schattierungen des Abendlichts auf ihrem Fell.“

Schon oft hatte der Hamburger zuvor Landschaften an der schleswig-holsteinischen Ostseeküste gemalt, entsprechend der Region natürlich auch oft mit Kühen mittendrin. Aber auf einmal entdeckte sein Künstlerauge, dass diese schönen Tiere auch oder gerade allein für sich ein beeindruckendes Motiv abgeben könnten, am besten sogar auf weißem Grund, ohne ablenkenden Hintergrund. Und so begann der heute 64jährige, dessen Großvater übrigens der Erfinder einer der ersten Melkmaschinen (der „revalo-milking-machine“) war, immer neue Kühe auf seine Leinwände zu bannen.

Fasziniert haben ihn diese großen und „gewaltigen Tiere“ schon als Kind, wenn sie auf der Dorfstraße am Stadtrand von Hamburg an ihm vorübermarschierten. Aber auch auf der Weide, wenn „sie neugierig herankommen und uns mit ihren warmen Augen angucken“, quasi als „Urform der Sympathie“.

Umso weniger kann Ohlhaver verstehen und hinnehmen, dass die Begriffe Kuh,



Kühe und weißer Grund



Rind oder Ochse bei vielen Menschen negativ belegt sind, besonders auch nach der BSE-Krise. Mit der Ausstellung seiner Bilder, zuletzt z. B. im Foyer einer Bezirksregierung oder in einem Möbelhaus, schafft er es, dass sich viele Menschen konzentriert und fasziniert mit der Schönheit und dem Wesen von Kühen befassen. Etliche Prominente haben in ihrer Wohnung deshalb bereits Ohlhavers Kuh-Bilder hängen. Bilder, die aber auch gut in Bauernhäuser oder in Empfangshallen von Molkereien passen würden.

Das Motto von Ohlhavers Bilder-Ausstellungen ist Programm: „Kuhgeschmack und Landschaftsliebe“. Reaktionen: durchweg positiv. Lediglich seine Familie ist ab und zu bei Auto-Ausfahrten über Land etwas angenervt, wenn es an Wiesen vorbeigeht.

Ein Ende seiner Kuhbegeisterung ist bei Wolfgang Ohlhaver überhaupt nicht absehbar: Das Thema sei nicht im mindesten abgeschlossen, eher erst in den Anfängen. Demnächst will er vielleicht bestimmte Ausschnitte des Kuhkörpers abbilden, jeweils mit passender besonderer Perspektive auf deren Räumlichkeit.

Und wie reagieren Bäuerinnen und Bauern auf die Kuh-Gemälde? Verschieden, Frauen durchweg noch positiver als Männer. Manche entdecken auf einem Bild sogar ihre eigene Kuh Lisa – „de heff ik selber mal molken!“ Und manche Bauern fragen Ohlhaver sogar ganz direkt: „Porträtierst du mine Koh uk mal?“ Andere Milcherzeuger gucken zwar sehr interessiert, sagen dann aber: „Kühe haben wir in echt genug zu Hause!“

Eckehard Niemann

Für alle aber, denen solch direktes Kuh-Glück nicht oder nicht mehr vergönnt ist, hier die Adresse des Künstlers mit den wunderschönen Kuhporträts: Wolfgang Ohlhaver, Dorotheenstr. 61, 22301 Hamburg, Tel. 040-2700323.

Eine schier endlose, kahle Ebene bis zu den Bergen am Horizont, mitten drin ein kleines farm-house, umgeben von Maschinenhallen und Rundsilos aus Wellblech – hier auf diesem steinigen Boden im amerikanischen Mittelwesten hat der ehemals deutsche Auswanderer Wulf Lebrecht mit seiner Familie seinen „amerikanischen Traum“ von einer eigenen Farm wahrgemacht. Doch für ihn und die anderen Farmer ist diese Existenz bedroht: durch immer ruinösere Preise, die der multinationale Konzern ConAgra für Kartoffeln und Weizen zahlt, der Druck auf den Verband der Kartoffelfarmer ausübt, der einfach eine Fabrik schließt und die Farmer auf der Ernte sitzen lässt, und der „mehr Macht hat als die Regierung“. Und durch weit entfernte

„Ein amerikanischer Traum“

Banker, denen die Landwirtschaft fremd ist und die keinen Kredit mehr geben wollen.

Der Film „Ein amerikanischer Traum“ zeigt uns amerikanische Farmer nicht als bedrohliche Konkurrenten, sondern als Berufskollegen, mit ähnlichen Träumen und Problemen: Wulf Lebrecht, seine Frau Karen, Sohn Chris, dessen Frau Sheree und deren Kinder, auch sie kämpfen mit aller Kraft und mit allen Fasern ihres Herzens um das Überleben ihrer Farm. Was einen bauerlichen Familienbetrieb, was dessen Sozial-, Lebens- und Wirtschaftsform im Kern ausmacht, das kann man hier

mit Händen greifen:

„Der Familienbetrieb kann die beste Lösung sein, wenn man ein gutes Auskommen hat und jeder seinen eigenen Bereich. Er kann aber auch die schlechteste Lösung sein, wenn du Sklave der Banken bist. Dann ist es besser aufzugeben, weil sonst dein Sohn keine Aussichten hat und das Verhältnis zu deinem Sohn belastet wird“ (Tom, Wulfs Freund, der seine Schaf-Farm aufgegeben hat).

„Manche nennen es schon Kindesmissbrauch, eine Farm an die Kinder zu vererben. Zeiten wie diese sind für Familien schwer: Manchmal schweift

es sie zusammen, aber meistens zerreißt es sie, wenn man nie da ist und kein Geld reinkommt. Es ist für Farmer so schwer aufzuhören. Wenn man an etwas so hängt, was so sehr Teil deines Lebens ist, dann würdest du schon gerne sehen, dass einer deiner Jungens weitermacht... Eine Farm ist mehr als ein Betrieb, sie ist wie eine Familie, sie ist ein Teil von dir...“ (Steve, Wulfs Nachbar).

Eckehard Niemann

Die Filmemacher Christoph Corves und Delia Castineira haben einen politischen Film über und für Bauern gemacht, der nahe geht und der Solidarität schafft. Er wird gesendet am 27.11.02 um 23 Uhr im ARD. Weitere Informationen zum Film und zum Weg der Lebrechts findet man auf der Internet-Webseite www.dokufaktur.de

Change it or leave it!

„Wir sollten den Strukturwandel als normalen Prozess annehmen“

So die laxe Empfehlung des Göttinger Jung-Agrarökonom Dr. Hemme zur „Zukunft der Landwirtschaft in Deutschland“. Hemme, im Nebenberuf noch Leiter des Milchbereichs im weltweit tätigen Beratungsunternehmen „Global Farm“, war als Hauptredner bei der Landwirtschaftsausstellung im niedersächsischen Tarmstedt geladen. Er wusste von „Trends einer globalen Landwirtschaft“ und von Liberalisierung zu berichten, lehnte Agrarprämien und eine „verfehlte Ökopolitik“ ab und geht davon aus, dass in den nächsten Jahren noch einmal 100.000 Milchbetriebe aufgeben müssen. Aber auch diese Bauern, so Hemme, hätten im „reichen Deutschland“ eine Zukunft, wegen der „komfortablen Aktiva“ im Bereich der sozialen Absicherung. Deshalb werde auch hier kein Landwirt „an die Armutsgrenze getrieben“.

Für die Wachstumsbetriebe zählte er danach einige bekannte Erfolgsfaktoren auf: Einführung neuer Technologien, Kooperation, Wachstum, Kapitalbeschaffung, Risikomanagement, außerlandwirtschaftliche Standbeine und Familien-Teamwork. Danach brachte der – laut *Wümme-Zeitung* Festredner – seinen 500 Zuhörern auch noch weitere Weisheiten „aus Motivations-Seminaren“ nahe, z.B.: „Träumen Sie nicht Ihr Leben, leben Sie Ihren Traum“ oder „Bleiben Sie nicht stehen!“ Jeder Landwirt, so der Nachwuchs-Wissenschaftler, habe drei Entscheidungsmöglichkeiten: seine Situation zu verändern („change it“), zu akzeptieren („love it“) oder aufzugeben („leave it“). Das sollte vielleicht auch für neoliberale Agrarökonom gelten. pp

Leserbrief zur Wahl

Bauernzukunft braucht Bauernbefreiung

Die Wählerinnen und Wähler haben bei der Bundestagswahl 2002 eine Entscheidung getroffen, die im allgemeinen Medienrummel untergegangen ist. Sie haben nämlich einer Politik der freien und ungezügelter Marktwirtschaft, wie sie Teile der CDU und die FDP verfolgen und wie sie bis vor einigen Monaten auch Bundeskanzler Schröder verfolgt hat, eine Absage erteilt und demokratisch den Kräften einer öko-sozialen Marktwirtschaft die Mehrheit gegeben. Die in der CDU aufgeflackerte Richtungsdebatte ist der Beweis für diese Botschaft.

Für die bäuerliche Landwirtschaft liegt in diesem Wählervotum eine noch nie da gewesene Chance, nämlich für soziale und ökologische Rahmenbedingungen, die ihr besser passen als die neoliberale Weltmarktstrategie. Wären da aber nicht die Widersprüche im landwirtschaftlichen System selbst. Denn die Bauern sind gefangen in einem Netzwerk einerseits von Subventionen mit ihrer unvermeidlichen und ausufernden Bürokratie und andererseits von Abnehmern, die sich gerne Genossenschaften nennen, aber im Sinne Raiffeisens längst keine mehr sind. Dazu kommt die Manipulation durch die Agroindustrie, deren Produkte wie Drogen wirken. Das Ganze hat sich wie eine Allianz von Dealern geschickt verknüpft mit dem Bauernverband und seinen Wochenblättern, um die Bauern beim Wachsen oder Weichen zu halten.

Die veröffentlichten Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor Leserbriefe zu kürzen.

Auch der Ökolandbau ist, wie Nitrofen offenbart hat, längst von diesem System umgarnt. Mit QS hat sich diese Allianz jetzt auf Kosten der Bauern selbst gekrönt.

Wie die Erfahrungen nach 1 3/4 Jahr Agrarwende zeigen, droht jeder Versuch in den Netzen dieser planwirtschaftlichen Allianz hängen zu bleiben und artet unter dem neuen Vorwand Verbraucherschutz in immer neuer Bürokratie aus. Wodurch der Strukturwandel forciert wird, denn diese Bürokratie zerstört das bäuerliche Selbstverständnis sowie seine Innovationskraft und das soziale Gefüge im ländlichen Raum. Die Chance für die bäuerliche Landwirtschaft nach dieser Bundestagswahl wird davon abhängen, ob es gelingt, diese bauernfeindliche Bürokratie abzubauen. Der Prämienpokker muss Vorschlägen die der bäuerlichen Machbarkeit und Akzeptanz entsprechen, weichen. Beispielsweise bringt die von Fischler vorgeschlagene Betriebsprämie anstelle der Flächen- und Tierprämien nur eine scheinbare Entbürokratisierung, weil die gleichzeitige Umschichtung von Geldern in Agrarumweltprogramme die Bürokratie bekanntermaßen vergrößert. So ist der Verwaltungsaufwand für die Agrarumweltprogramme der Länder um ein mehrfaches höher als für die EU-Flächenprämien. Und wie viel Geld von den Mitteln für den ländlichen Raum in Beratungsbüros hängen bleibt ist auch bekannt. Deshalb muss für die Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft die Bauernbefreiung aus der planwirtschaftlichen Bürokratie oberste Priorität haben.

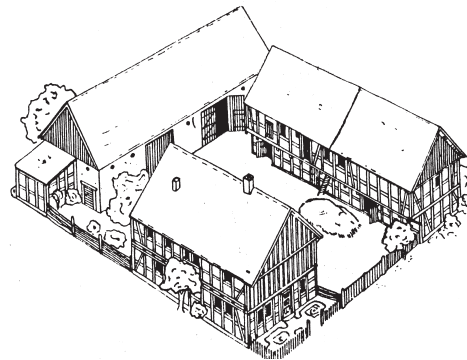
Siegfried Jäckle,
78112 St. Georgen-Oberkirmach

Holundersaft

Er gefiel mir, der Holunderbusch auf der anderen Seite unserer Straße. Dort, wo im Krieg das Vorderhaus weggebombt worden war und das bescheidene Hinterhaus in 40 DDR-Jahren genug Zeit zum vergammeln hatte. Die Trümmer geräumt, hatte man das Terrain seinem Schicksal überlassen. Mittlerweile war es mehr wild als romantisch, zugewuchert mit verkrüppelten Birken, Brennnesseln und eben 'meinem' Holunderbusch. Er hatte sich einen ausgesprochen hübschen Platz ausgesucht. Dort gab es viel Sonne, und da diese Stelle leicht von der Straße einzusehen war, blieb sie auch von den alten Teppichen und ausrangierten Waschmaschinen verschont, die dort gerne abgeladen werden.

Als eines Morgens Arbeiter kamen, bewaffnet mit Hacken, Schaufeln, Motorsäge und Schredder, wusste ich sofort, dass sie nicht nur den Brennnesseln, sondern auch meinem Holunder-

busch an den Kragen wollten. Wild entschlossen rannte ich runter. Im Hausflur schossen mir diverse Rettungsaktionen durch den Kopf. Schon sah ich mich als Umweltaktivistin, die monatelang in dem Holunderbusch verharret, um ihn vor dem grausamen Tod durch Motorsäge und Schredder zu ver-



... aus Berlin

schonen. Die Nachbarn würden sich mit mir solidarisieren und mir in Wechselschicht Kaffee und Butterbrote bringen. Vielleicht gab es zwischendurch mal 'ne heiße Suppe oder Pommes, Eis im Sommer und Glühwein aus der Thermoskanne im Winter. Endlich würde ich mir mein Baumhaus bauen. Ich freute mich schon.

Unten dann, auf der Straße die Arbeiter. Sie saßen im Auto: Frühstückspause. Als ich vorbei ging, blickten sie mich argwöhnisch an. Wie sollte ich vorgehen? Die Tür aufreißen und einfach 'Mörder! Mörder!' schreien? Nein, das würde nichts helfen, und feige wäre es obendrein. Mit ihnen verhandeln... doch was hatte ich schon zu bieten? Vielleicht sollte ich einfach um eine Gnadenfrist bitten? Doch wie lang sollte die sein? So lang ich hier wohne? Oh Gott, was bin ich egoistisch. Ging es mir eigentlich um den Baum oder nur um meine Freude daran? Während ich darüber nachdachte, verließ mich der letzte Mut. Traurig fuhr ich ins Büro.

Als ich von dort zurück kam, war ich aufs Schlimmste vorbereitet. Doch der Holunderbusch stand noch da, schön wie immer, in voller Blüte, in der Spätnachmittagssonne machte er eine gute Figur. Ich war übergelukkig. Die Brennnesseln waren weg, der Müll auch. Vielleicht hatten sie einfach Feierabend und setzen am nächsten Tag ihre Arbeit fort. Hmm... Später kam eine Freundin vorbei. Sie lobte meine guten Absichten, aber eine Rettungsaktion sei doch verlorene Liebesmüh, ist ja schließlich Privatgrundstück. Wir schnappten uns Stühle und jede eine Flasche Bier, setzten uns zu meinem geliebten Busch und nahmen Abschied. Immerhin ein würdevolles Ende.

Am nächsten Morgen kamen die Arbeiter nicht, auch in den darauffolgenden Wochen nicht. Und irgendwann hingen dann dicke, schwarze Beeren am Busch. Für mich stand fest: dieses Jahr wird geerntet. Und jetzt, wo der Winter vor der Tür steht, erfreue ich mich an meinem ersten selbst gemachten Holundersaft.

Eine Städlerin (33 Jahre) erzählt...

Ackerwildkräuter

„Ackerwildkräuter schützen“, als Zeugen alter bäuerlicher Kultur und als bedrohte Bausteine der landwirtschaftlich geprägten Kulturlandschaft – dazu macht ein aid-Heft Vorschläge: vor allem durch die Förderung der Anlage von Ackerrandstreifen. en

Best.Nr. 61-1445 bei DVG, Birkenmaarstr.8, 53340 Meckenheim, 2,- € plus Versand.

Südzucker-Geschichte

Die Geschichte der Südzucker AG, angefangen bei ihren Vorläuferfabriken über die Gründung 1926 und die Zuckerkonzentration nach dem Krieg bis hin zum multinationalen Konzern schildert Manfred Pohl als Leiter des Historischen Museums der Deutschen Bank. Und in der Tat hat die Deutsche Bank als Miteigentümerin der Südzucker AG deren Geschichte maßgeblich beeinflusst, auch wenn sich schließlich – in einer großen Kraftanstrengung – die Rübenbauern über die von ihnen gegründete Süddeutsche Zuckerrüben-Verwertungsgesellschaft (SZVG) die Mehrheit an der Südzucker sichern konnten. Leider erfährt man über das Verhältnis und die Konflikte von Rübenbauern

und Südzucker sonst recht wenig, z.B. hinsichtlich der riesigen Südzucker-Güter-Landwirtschaft oder hinsichtlich der Anbauverbände.

Stattdessen ist das Buch in weiten Passagen zu einer offiziellen Firmenchronik geworden, in der sich die Unternehmensführung ihren eigenen Weg bestätigen lässt. Das zeigt sich auch an einer verharmlosenden Beschreibung der Südzucker-Geschichte im Dritten Reich. Zwar wird sehr ausführlich die Enteignung der jüdischen Miteigentümer-Familie Flegenheimer geschildert, dargestellt allerdings vor allem als interne Querelle ohne wesentlichen antisemitischen Hintergrund. Über das Schicksal der schließlich enteigneten Familie erfährt man leider kaum etwas. Auch über die Lage der Zwangsarbeiter (die Südzucker angeblich kaum haben wollte) wird lediglich berichtet, dass sie „beaufsichtigt werden mussten“, dass es „erhebliche Ausfälle wegen Krankheit und Flucht“ gab und dass „die Verpflegung zu wünschen übrig ließ“.

Das Buch endet mit einer Beschreibung der Expansion zum größten Zuckerhersteller Europas durch massive Fabrik- und Unternehmenskäufe in ganz Europa und durch die Diversifizierung in zuckernahe Branchen und Zuckerersatzstoffe. en

Manfred Pohl, *Die Geschichte der Südzucker AG*, 400 S., Piper-Verlag München 2001, 39,90 €

Alles Bio?

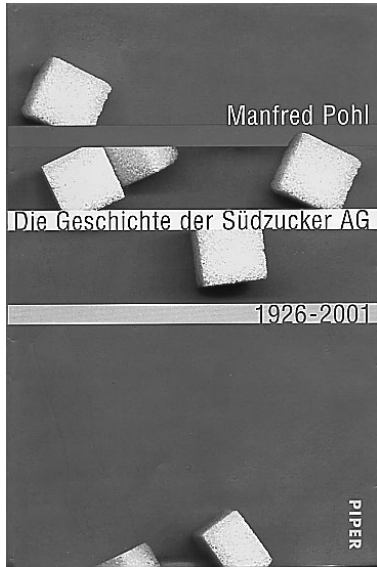
Der Bestseller-Autor Hans-Ulrich Grimm („Die Suppe lügt“) geißelt auch in seinem neuesten Buch die Betrügereien, Lebensmittelmanipulationen und falschen Etiketten der

Agrarindustrie, diesmal aber auch im Bio-Sektor bzw. Pseudo-Bio-Sektor. Deshalb geht es nicht nur um Umdeklarierung von Käfigeiern oder die Schleichwege der Fleischmafia, sondern auch um die Größenordnungen, Haltings- und Fütterungsbedingungen von Bio-Großproduzenten.

Auch wenn es um lange Transportwege oder um die mangelnde Qualität von Lebensmitteln in den Supermarkt-Regalen geht, dann nicht nur bei konventionellen, sondern auch bei Bio-Produkten und Bio-Tütensuppen.

Grimm hat, schon vor den Skandalen um Nitrofen in Bioprodukten aus agrarindustriellen Strukturen oder um konventionelles „Bio“-Getreide, den Finger in eine offene und hoffentlich bald richtig behandelte Wunde gelegt. Zuweilen vielleicht mit sehr plakativen oder reißerischen Einzelbeispielen, aber hoffentlich umso wirksamer. en

Hans-Ulrich Grimm, *Alles Bio oder was? Der schöne Traum vom natürlichen Essen*, 200 S., Hirzel-Verlag, Stuttgart 2002, 22,- €



Milchviehfütterung im ökologischen Landbau

Im ökologischen Landbau hat die Milchviehhaltung eine große Bedeutung und fast die Hälfte aller Bio-Höfe erzielt ihr Haupteinkommen mit Milchkühen. Nun hat Ulrich Schumacher vom Bioland Bundesverband ein Fachbuch zur Milchviehfütterung vorgelegt.

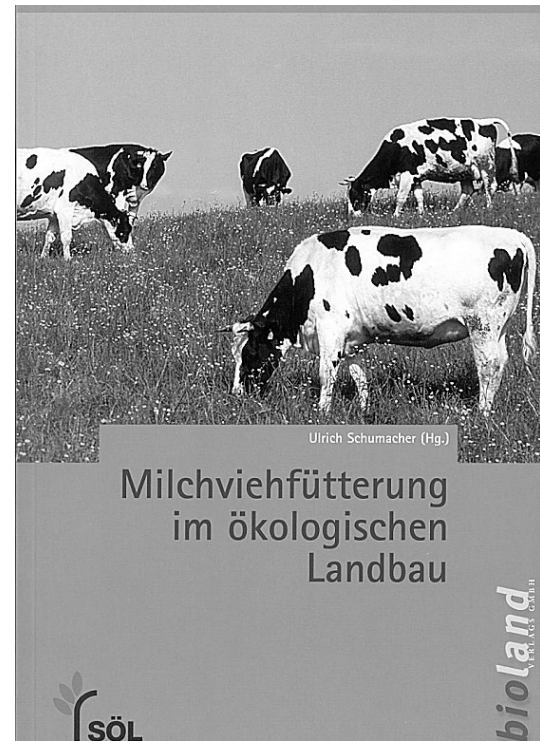
Das Buch wendet sich in erster Linie an Praktiker. Entsprechend ist es kein Lehrbuch, in dem die Grundlagen der Tierernährung vermittelt werden, die werden vorausgesetzt, aber es werden alle wichtigen Aspekte zum Thema zusammengetragen. Durch seinen Praxisbezug ist es sehr gut lesbar. Bei der ersten Durchsicht mag es überraschen, wie viel Raum dem Futterbau und der -konservierung eingeräumt wird, werden diese Themen doch üblicherweise nicht im Rahmen der Tierfütterung behandelt. Hier orientiert sich der Autor an den Verhältnissen des ökologischen Betriebes, der das Futter im eigenen Betrieb erzeugt. Vorgestellt werden alle Formen des Futterbaus, angefangen vom Grünland über Klee gras bis hin zu Mais und Zwischenfruchtanbau. Das Ziel, einen Überblick über die wesentlichsten Gesichtspunkte zu geben, wird erreicht, auch wenn unter pflanzenbaulicher Sicht der eine oder andere Aspekt nur gestreift wird. Besonders wertvoll für Umsteller sind die Angaben zur Futterplanung.

Ausführlich werden verschiedene Möglichkeiten der Futterkonservierung vorgestellt, bis hin zu Bauanleitungen für verschiedene Heubelüftungsverfahren. Auch die Silierung von Klee und Luzerne wird besprochen, die beide als schwer zu silieren gelten. Für Öko-Landwirte sind die Futtermittelanalysen auf die Nähr-, Mineral- und Wirkstoffe beachtenswert. Hier bestehen z.T. erhebliche Unterschiede zu den bekannten Tabellenwerten der DLG. Das Herzstück des Buches ist das gut geschriebene Kapitel zur Fütterung der ökologischen Milchkühe von Wolfgang Trampler. Es fasst die Punkte Nähr-, Mineralstoff- und Wirkstoffbedarf, Eigenschaften von Futtermitteln, Futteraufnahme und Rationsgestaltung zusammen. Die einzelnen Futtermittel werden in ihrer Bedeutung und Eignung bewertet. Wichtig für Umsteller ist der Hinweis, dass in Ökorationen trotz Klee grasanbau häufig ein Proteindefizit besteht. Darüber hinaus werden Empfehlungen und konkrete Vorschläge für unterschiedliche Fütterungsabschnitte gemacht. Hinweise zur Tierbeobachtung und Körperkonditionsbeurteilung

runden das Thema ab.

Durch das ganze Buch zieht sich als roter Faden die Bedeutung und Möglichkeit hohe Öko-Milchleistungen zu erzielen. Die Autoren sprechen sich ausdrücklich gegen die Gleichsetzung von Öko mit extensiv aus, ohne jedoch die Intensivierung als Allheilmittel darzustellen.

Die Herdenbetreuung wird in einem Kapitel gestreift: besprochen werden Hygiene, Eutergesundheit, Stoffwechsel, Frucht-



barkeit und Kälberaufzucht.

Der Schluss des Buches beschäftigt sich mit der betriebswirtschaftlichen Seite der Umstellung auf die ökologische Milchviehhaltung. Dazu werden anhand einer Modellrechnung die verschiedenen Fragen einer Umstellung aufgezeigt und kurz diskutiert.

Die Autoren haben ein Buch für die landwirtschaftliche Praxis geschrieben, das bestehenden Ökobetrieben als Nachschlagewerk dienen kann und gut geeignet ist für Landwirte, die ihren Betrieb umstellen wollen. Es entwirft keine komplett andere oder neue Fütterungslehre oder Milchviehhaltung, sondern fasst die wichtigen Erfahrungen der ökologischen Milchviehhaltung zusammen und gibt dem umstellungsinteressierten Landwirt eine Reihe von Faustzahlen an die Hand. Es ist auch für Lehrende an Fachschulen etc. geeignet.

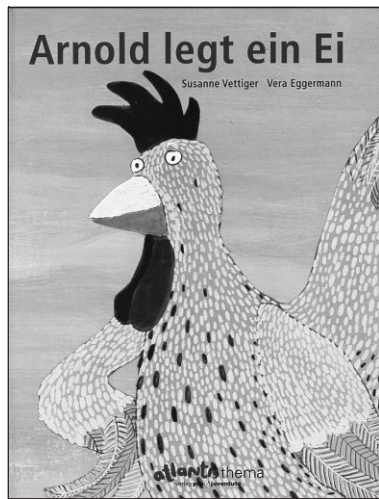
Philipp Wenz

Ulrich Schumacher (Hrsg.): *Milchviehfütterung im ökologischen Landbau*. Bioland Verlag und Stiftung Ökologie & Landbau 2002. 160 S., 22,- €, zu beziehen über den ABL-Verlag

Arnold legt ein Ei

Kinderbuch über eine neu auf den Hof ziehende junge Bäuerin und einen empörten Hahn

Für den Hahn Arnold gerät seine Welt aus den Fugen, als nach dem Tod des alten schweizer Bauern die Enkelin den Hof übernimmt. Frisch aus der Stadt hinzugezogen, entrümpelt sie das Haus, streicht die Scheune mit schwarzen und weißen Streifen und stellt einen Verwalter an, der den Hofalltag organisiert. In dem Kinderbuch von Susanne Vettiger mit Illustrationen von Vera Eggermann wird die Welt aus Sicht eines Hahns geschildert, der den Neuerungen ablehnend gegenübersteht. Arnold ist empört: Auf seinem Hof soll alles anders werden. Die moderne Bäuerin setzt statt auf Wachstum auf Direktvermarktung. Der Polizist, der den ausgebüchsten Esel wiederbringt, gratuliert ihr zu ihrem neu eröffneten Hofladen. Arnold startet viele phantasievolle Aktionen, um die ungeliebte Bäuerin zu vertreiben: er öffnet dem Esel das Tor zur Flucht, pickt den Jaucheschlauch und Futtersäcke kaputt Aber die Bäuerin lässt sich nicht davon beeindrucken,

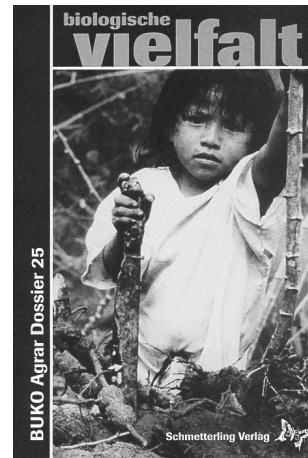


freut sich über seine Rücksicht, dass er sie Sonntags ausschlafen lässt, als er den „Weck-Streik“ ausprobiert. In dem Buch geht es neben dem Alltag auf dem Hof auch um Ängste vor Neuerungen. Der Hahn will, dass alles so bleibt wie es ist und merkt erst am Ende des Buches, dass die Neuerungen auf dem Hof nützlich und die Bäuerin selbst wirklich nett ist. Zusätzlich gibt es zu dem Buch eine Broschüre für Kinder im Kindergarten- und Grundschulalter mit Anleitungen für Basteleien, Kochrezepte und Kinderliedern zum Thema Bauernhof. Die Broschüre bietet Eltern und Pädagogen Anregungen und stellt das sinnliche Entdecken von Kindern in den Mittelpunkt. Ein liebevoll gestaltetes Bilderbuch ohne rotwangige Bäuerin, das die Phantasie anregt. *ms*

Susanne Vettiger und Vera Eggermann: Arnold legt ein Ei. Verlag Pro Juventute 2002. 32 S. und Begleitbroschüre. ca. 20 €, zu beziehen über den ABL-Verlag

Biologische Vielfalt

Biopoly-Spiel um Gene, Geld und Grundnahrungsmittel



Um Nachbaugebühren wird die Auseinandersetzung in Deutschland geführt, für viele Menschen aus den südlichen Ländern der Welt ist die Auseinandersetzung um die biologische Vielfalt noch drängender. Dort gehören Anbau und Züchtung meist in die Hand der Bäuerin. Zugleich sind Pflanzenzüchter und Pharmakonzerne an den jahrhundertlang gehegten und gesammelten Pflanzen interessiert. Die neue Broschüre in der Reihe der Agrardossiers wendet sich dem Thema biologische Vielfalt zu. Trotz dem mal wissenschaftlich trocken, mal einseitig aus Sicht der Pflanzenzucht geschriebenen Aufsätzen bieten die meisten anschauliche Beispiele und viele Denkanregungen. Gelungen ist der Rückblick von Stefi Clar auf die Trennung von Züchtung und Anbau von Kulturpflanzen so-

wie zur Grünen Revolution. Ein Glanzstück ist der Artikel Peter Rossets, Vize-Direktor des Instituts für Ernährung und Entwicklung aus Oakland. Darin untersucht er knapp und einleuchtend, welchen Nutzen bessere Technologien für Kleinbauern in der Dritten Welt bringen könnten und worin Ursachen ihrer Armut und schlechten Ernten liegen. Weitere Themen sind die Saatgutproduktion von Mitgliedern der brasilianischen Landlosenbewegung MST und ein Überblick zu internationalen Abkommen.

BUKO Agrarkoordination: Biologische Vielfalt und Ernährungssicherung. BUKO Agrar Dossier Nr. 25. Schmetterling Verlag 2002. 127 S. 8,80 €, zu beziehen über den ABL-Verlag

Ausstellung: Biopoly/ Biologische Vielfalt

Die Ausstellung dreht sich um die biologische und vor allem genetische Vielfalt innerhalb der einzelnen Pflanzenarten. Das gesamte Spektrum von den Anfängen der Verdrängung bis zu der Vielfalt den Gefährdungen wird aufgezeigt. So gibt es Stoffbahnen zur „Grünen Revolution“, „Gentechnik“ oder „Patenten“. Das Thema wird umfassend behandelt. Aufgrund der Fülle werden einzelne Bereiche lediglich kurz dargestellt. Hierdurch kommen Einzelaspekte kurz. Am Schluss fehlen Forderungen zur Umsetzung oder Aufforderungen, wie jeder einzelne dazu beitragen kann, die biologische und die genetische Vielfalt zu erhalten. Die einzelnen Bahnen selber sind ansprechend dargestellt. Die Sprache ist nüchtern und auch für Laien gut verständlich. Eine schön zusammengestellte Ausstellung, die einen Besuch wert ist.

Peer Urbatzka

Verleih bei BUKO Agrar Koordination, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel: 040-392526, Fax: 040-39900629, email: bukoagr@aoi.com

Weitere BUKO Agrar Dossiers

BUKO Agrar Dossier 24: Tabak

Der Band ist kein Buch für oder gegen den Genuss von Tabak. Aus unterschiedlichen Perspektiven wird sich der Pflanze angenähert, Produktionsbedingungen in der Tabakindustrie, Gifteinsatz im Anbau statt beim Genuß und die Folgen für die Landarbeiter. Die internationale Anti-Tabak-Kampagne wird genauso kritisch beleuchtet wie die Anbaubedingung in den Erzeugerländern Zimbabwe, Brasilien, Kenia und den USA.

Tabak, BUKO Agrar Dossier 24, Okt. 2000, 112 S., 7,80 €, zu beziehen über den ABL-Verlag

BUKO Agrar Dossier 23: Milch

Das Heft eröffnet die entwicklungspolitische Diskussion zum Thema Milch und zeigt die Folgen der subventionierten Milchexporte der EU auf andere Regionen der Welt. Neben Portraits milcherzeugender Regionen werden Artikel zu Biomilch, Futtermittelhandel, Milchmarkt und Hormonmilch vorgestellt.

Milch, BUKO Agrar Dossier 23, Jul. 2000, 100 S., 7,80 €; zu beziehen über den ABL-Verlag.

BUKO Agrar Dossier 22: Bananen

Dieses Buch liefert Zusammenhänge und Hintergründe zur Vielfalt der Banane, zu deren Kolonialgeschichte und zur gegenwärtigen Handelspolitik. Es berichtet, wie Bananen angebaut und genutzt werden und informiert über die Kampagnen für einen gerechten Handel mit der süßen Frucht.

Bananen, BUKO Agrar Dossier 22, Jan. 2000, 105 S., 8,80 €; zu beziehen über den ABL-Verlag.

BUKO Agrar Dossier 21: Fast Food

Eine kritische Bestandsaufnahme in Sachen Fast Food am Beispiel McDonald's als immer noch größter Kette unternimmt dieses Dossier. Gut gemacht durch in die Artikel eingesprengelte „Exkurse“ arbeitet das Buch die Geschichte und Geschichten rund um den Burgerkonzern sowie Auswirkungen und Alternativen zum Fast Food auf.

BUKO Agrar Dossier 21, Dez. 1998, 130 S., 8,80 €; zu beziehen über den ABL-Verlag.

Bestellcoupon für Mut zu Neuem

Ich bestelle:

Der kritische Agrarbericht 2002: als CD oder auf der Homepage www.bauernstimme.de für 19,80 €:

.... Expl. der folgenden Ausgaben des kritischen Agrarbericht 1999 bis 2001

zum Sonderpreis im Paket: _____ €

(2 Ausgaben 30 €; 4 Ausgaben 55 €)

Der kritische Agrarbericht 2001: 20,- €

Die Ausgaben 1996-1998 je Ausgabe nur noch 5,- €: _____ €

Die Ausgaben 1993-1995 je Ausgabe nur noch 2,50 €: _____ €

.... Expl. **Bürger netze statt Subventionen**, 17,95 €: _____ €

außerdem:

Porto 2,75 €

Zahlung nach Erhalt der Rechnung mit beiliegendem Scheck

Summe _____ €

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Telefon _____ gegbf. email _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: Abl Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

(Klein) ANZEIGEN**Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Kleinanzeige 10,- €; Chiffregebühr 2,50- €. Alle Preise inkl. MWSt. Anzeigenannahme bis zum 17. des Vormonats. Anzeigen bis einschließlich 12,50,- € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben.

Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an:
„Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,

Hof und Arbeit

I Agraringenieur, 35, Erfahrung im biol.-dyn. Landbau sucht ab 2003 neue Herausforderung auf einem Lw. Betrieb in Mittel- und Süddeutschl., Bereiche u.a. Aussenwirtschaft, Feldgemüse, Maschinen ☎ 0561-6027150

I Welcher Hof sucht Hofnachfolgerfamilie, die mit viel Idealismus und Können den Hof bäuerlich weiterbewirtschaften möchte? ☎ 0041-324389185 ab 20 Uhr

Tiermarkt

I Briard Hündin, franz. Hütehund, 5 J. mit Hüteerf. auf der Alp sucht neues Zuhause. Sie braucht liebe Menschen, viel Platz u. Bewegung, dann ist sie der tollste Hund. Wegen Nachwuchs ist dies bei uns leider nicht mehr gegeben. ☎ 07661-904992

I Verkaufe laufend beste **Arbeitspferde** in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551/63609

Querfeldein

I Als gebürtige Niedersächsin schätze ich sowohl das Stadt- als auch das Landleben (Z. Zt. PLZ-Bereich 3). Durch Studium (Landwirtschaft) und Beruf (Lehrerin u. a. im Bereich Gartenbau/Ernährung/Hauswirtschaft für verschiedene Bildungsträger) kenne ich auch andere Bundesländer. Eine Vorliebe für Norddeutschland kann ich bei mir schon feststellen, stehe aber einem Ortswechsel aus privaten Gründen ebenso offen gegenüber wie dem Thema Familie. Privat bin ich an den verschiedensten Dingen interessiert, so an Gartenarbeit, Lesen (Z. B. bioland), Musik, Natur und Theater. Möchtest auch du dich auf eine vertrauensvolle Beziehung mit Humor einlassen? Mit Interesse werde ich (38/1,72/blond) deine Zuschrift (gerne auch von einem Landwirt) lesen und mit Spannung unserem ersten direkten Kontakt entgegensehen. **Chiffre BS 11/02-1**

Veranstaltungskalender**Zukunft des ländlichen Raumes**

08. November 2002, *Vorau (Österreich)*
Dialogforum der christlichen Kirchen in Österreich zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung. Veranstaltungsort ist das steirische Chorherrenstift Vorau. Info: Katholische Sozialakademie Österreichs, ☎ 01-310-5159, Fax -6828, info@oesfo.at, www.sozialwort.at

Haltung und Zucht von Landschafen

08. bis 09. November 2002, *Travemünde*
Herbsttagung des Zuchtverbandes für Ostpreußische Skudden und Pommersche Landschafe. Der Verband setzt sich für den Erhalt alter Landschaftsrassen ein, da diese auch die Existenz anderer Tiere sichern. Info: Zuchtverband e.V., 53343 Niederbachern, ☎ 0228-343730

Zu den Agrarverhandlungen der WTO

08. bis 09. November 2002, *Hofgeismar*
Tagung der Evangelischen Akademie über Probleme der Globalisierung in der Landwirtschaft. Zu den Referenten gehören neben Vertretern von German Watch und dem BUND auch der Vizepräsident des EU-Agrarausschusses, Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf. Tagungskosten 81 Euro. Anmeldung: Evangelische Akademie, 34362 Hofgeismar, ☎ 05671-8810, www.akademie-hofgeismar.de.

Biologisch-dynamische Präparate

08. bis 10. November 2002, *Bad Vilbel*
Tagung der Landbauschule Dottenfelderhof zum Einsatz von ökologischen Düngemitteln. Infos: Matthias Lander, ☎ 06101-529618, Fax: -524589, landbauschule@dottenfelderhof.de

Bayern: Milchquote ändern?

09. 11. November 2002, *Wasserburg*
Milchtagung der Region Aktiv Chiemgau-Inn-Salzach im Gasthof Brunnlechner, Babensham bei Wasserburg. Erörtert wird unter anderem die Entwicklung des Marktes seit der Milchkontingentierung, deren Nutzen für die Bauernhöfe und künftige Quotenregelungen. Infos: Andreas Rimmelberger, AbL-Bayern, ☎ 08679-6474.

Zukunft der EU-Agrarpolitik

14. bis 15. November 2002, *Göttingen*
Herbsttagung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. zur Osterweiterung der EU und Halbzeitbewertung der Agenda 2000. Infos: Agrarsoziale Gesellschaft e.V., ☎ 0551-49709-23, Fax -16, asggoe@gwdg.de, www.asg-goe.de.

Stadt und Land

14. bis 16. November 2002, *Bonn*
Der Deutsche Bauernverband plant ein „Begegnungsseminar für Landwirte/innen und Lehrer/innen“. Info: Deutscher Bauernverband, ☎ 0228-8198-239.

Seminare für Junglandwirte

14. bis 17. November
Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft hält Seminare in Lubmin, Goslar und Erfurt zum ökologischen Landbau für den bäurischen Nachwuchs ab. Infos: DLG, Veronika Mödinger, ☎ 0228-9857913, Fax -691446, info@dlg-agriservice.com, www.dlg.org

Dezentrale Pflanzenölnutzung

15. und 16. November 2002, *Aulendorf*
Umfassende Tagung zur landwirtschaftlichen Nutzung mit Erfahrungen aus Nordhessen und Baden-Württemberg, Technik und Qualitätssicherung, Herstellerforum und Demonstration von Pflanzenschleppern und vieles mehr. Anmeldung erbeten an: Staatl. Lehr- u. Versuchsanstalt, Postfach 1252, 88322 Aulendorf; ☎ 07525-942316, Fax: -942333

Rindfleischvermarktung im ökologischen Landbau

10. bis 11. Dezember 2002, *Altenkirchen*

Einführung in die Hofladenvermarktung

13. bis 15. Dezember, *Altenkirchen*
Informationen zu Steuern, Recht, Versicherung, Finanzierung, Warensortiment und Gestaltung. Teilnahmebeitrag: 160 Euro

Einführung in den ökologischen Landbau für Azubis, Praktikanten und FÖJ'ler/innen

16. bis 19. Dezember 2002, *Altenkirchen*

Vater und Sohn – ein starkes Team auf dem Hof

18. bis 19. Dezember 2002, *Altenkirchen*
Teilnahmebeitrag: 120 Euro. Info und Anmeldung: Evangelische Landjugendakademie, Ute Rönnebeck, ☎ 02681-95160, Fax -70206, roennebeck@lja.de

Landwirtschaft: Dauerhafte Erhaltung der natürlichen Ressourcen

21. bis 22. November 2002, *Iserlohn*
Zentrale Themen sind Boden-, Artenschutz, Biodiversität sowie Vermeidung von Wasserbelastungen. Diskutiert werden sollen Wege zur Honorierung dieser Leistungen durch die Gesellschaft. Evangelische Akademie Iserlohn, 58638 Iserlohn, ☎ 02371-352145, Fax: -352169

Wende in der Tierhaltung?

21. bis 23. November 2002, *Glonn (Bayern)*
Der Forschungsring für biologisch-dynamische Wirtschaftsweisen e. V. erörtert auf seiner Jahrestagung Perspektiven einer „wesensgemäßen“ Rinderhaltung auf dem Gut Sonnenhausen in Glonn bei München. Info: Forschungsring, ☎ 06155-84123, Fax: -846911, info@forschungsring.de, www.forschungsring.de

Berufsperspektiven der Landwirtschaft

26. November 2002, *Iserlohn*
Prognosen zufolge werden künftig weniger Familienmitglieder und mehr speziell ausgebildete Fachkräfte in der Landwirtschaft eingesetzt werden. Vertreter der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe und des Landwirtschaftsministeriums

sprechen über neue Anforderungen künftiger Agrarbetriebsleiter.

Anmeldung: bis eine Woche vor Tagungsbeginn an das Referat Ländlicher Raum, 33617 Bielefeld, ☎ 0521-140342, Fax -150621.

Biogas 1

26. November 2002, *Warendorf*
Über die Eigenschaften verschiedener Biogasanlagen sowie die Förderung, Genehmigung und Wirtschaftlichkeit dieser Nutzung von Biomasse als Wärme und elektrische Energie informiert das Zentrum für ländliche Entwicklung, eine Stelle des nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsministeriums. Anmeldung: Zentrum für ländliche Entwicklung, 40476 Düsseldorf, ☎ 0211-4566-919, Fax -456, zele@munlv.nrw.de, www.zele.nrw.de

Weichkäseherstellung

26. bis 29. November 2002, *Bad Vilbel*
Der Kurs richtet sich an fortgeschrittene Hofkäser. Verband für handwerkliche Milchverarbeitung im ökologischen Landbau e.V., ☎ 08166-684218, Fax: -6274, vhm.ev@t-online.de

Bioprodukte

28. November 2002, *Frankfurt am Main*
Der „Frankfurter Tageslehrgang“ wendet sich an Lebensmittelverarbeiter, Verbraucherschützer, Kontrollstellen, Behörden und Berater. Anmeldung per Fax an 0761/702520 oder e-mail an hps@prolink.de. Die Tagungsgebühr beträgt 240 Euro.

Landreformen für Entwicklungsländer

02. bis 03. Dezember 2002, *Bonn*
Über den Konflikt zwischen Weltmarkt und Menschenrechten und Perspektiven von Agrarreformen debattieren Fian und andere Menschenrechtsorganisationen. Podiumsgäste kommen unter anderem aus Brasilien, Südafrika und den Philippinen. Anmeldung: Armin Paasch, Fian Deutschland, ☎ 02323-9192663, paasch@fian.de

Glückliches Gemüse

03. Dezember 2002, *Hofgut Hauteroda*
Seminar „Ökologischer Gemüse- und Kräuteranbau“ des Thüringer Fördervereins für ökologischen Landbau aus Weimar. Info: Thüringer Ökoherz e.V., ☎ 03643-437-113, Fax -102, info@oekoherz.de, www.oekoherz.de

„Auch Chinesen mögen Bio“

03. Dezember 2002, *München*
Über den Ökolandbau in Fernost referierte Diplom-Landwirt Jan Plagge aus Augsburg. Kontakt: Hans-Jürgen Reents, ☎ 08161-71-3778, Fax -4419

Erzeugerwettbewerb

bis 07.12. 2002, *Stuttgart*
„Von Acker und Feld auf den Tisch“ ist das Motto eines Wettbewerbs regionaler Kooperationen zur Absatzförderung heimischer Produkte. Ausschreibung: im Forum Region Stuttgart, Ralf Jochen Schmidt, ☎ 0711-2005577

Der Fachbuchkatalog für den ökologischen Landbau.

blattgrün

Fordern Sie jetzt kostenfrei den neuen Katalog an oder bestellen Sie direkt im Internet:

baerens & fuss
bücher mit inhalt.

baerens & fuss
Buchversand
Postfach 11 06 45
19006 Schwerin

www.baerfuss.de
Telefon (03 85) 56 29 18
Telefax (03 85) 56 29 22
versand@baerfuss.de



Verband Ländlicher Heimvolkshochschulen Deutschlands HVHS
 Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend im ländlichen Raum e.V.
 AbL AK Morgenland der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft
 AG Land- und Regionalentwicklung, Universität Kassel

Wie finden wir einen Hof ?

Rahmenbedingungen für einen Neueinstieg in die Landwirtschaft



- n Die agrarpolitische Informationsveranstaltung zeigt anhand praktischer Beispiele wie Hofbörsen und persönlicher Erfahrungen Möglichkeiten auf, einen Neueinstieg zu realisieren. Ausgiebig behandelt werden Fragen zu Recht und Finanzierung.
- n Das Angebot richtet sich an interessierte Neueinsteiger und soll gleichzeitig Bauern und Bäuerinnen, die bereit sind, ihren Hof in andere Hände zu geben, Mut machen, dies auch zu tun.
- n Politische Multiplikatoren und Entscheidungsträger sind ebenfalls eingeladen, da die Ergebnisse der Veranstaltung langfristig einen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume leisten sollen.

15. bis 17. November 2002

Evangelische Landjugendakademie Altenkirchen, Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen,
 ☎ 02681-95160, Fax: -70206, info@lja.de Tagungskosten 110,- €, 50 % der DB-Fahrkosten (2. Klasse)
 können auf Antrag erstattet werden

Anmeldung bis 1. November 2002

Ich werde Mitglied in der **AbL**

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Ich möchte Mitglied in der AbL werden | <input type="checkbox"/> Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von
<input type="checkbox"/> 102,- € <input type="checkbox"/> 127,50 € oder _____ zu zahlen. |
| <input type="checkbox"/> Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 76,50 € | <input type="checkbox"/> Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedsbeitrag von 25,50 € (Nachweis füge ich bei) |
| <input type="checkbox"/> Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 102,- € | <input type="checkbox"/> Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 50,- € |

Mitgliedsadresse:

Name Vorname
 Straße PLZ, Ort

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Nach Erhalt der Rechnung | <input type="checkbox"/> Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme: |
| <input type="checkbox"/> Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| | <input type="checkbox"/> Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen) |

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu errichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die AbL bzw. Abo-Verwaltung weiterleitet. Widerrufsrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der AbL widerrufen werden.

Unterschrift Datum Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

AbL e.V. Bauernstimme Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

IMPRESSUM

Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/9053170, Fax: 02381/492221, E-mail: bauernstim@aol.com, Homepage: <http://www.bauernstimme.de> • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838 • **Redaktion:** Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Mute Schimpf: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/492220, Fax: 02381/492221 (Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 15. des Vormonats) • **Abonnementpreis:** 36,- € jährlich • **Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich) • **Bestellungen, Adressänderungen, Veranstaltungshinweise und Anzeigenaufträge** bitte direkt an den Verlag • **Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/492288, Fax: 02381/492221 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 • **Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12858 E.

AbL

KONTAKTE

Schleswig-Holstein

Landesverband: Ellen Holste, Reit 5, 24848 Alt Bennebek, ☎ 04624/800312
Bernd Voss, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, ☎ 04823/8505, Fax: /75330
Hinrich Lorenzen, Winderatt 14, 24966 Sörup, ☎ 04635/2141, Fax: /2114
Plön: Matthias Stührwoldt, ☎ 04326/679 Fax 289147
Flensburg: Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: 27243 Beckeln, Im Unterdorf 27, ☎ 04244/966725, Fax 04244/967422
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorff, ☎ + Fax: 04233/669; Ulrike Helberg-Manke, ☎ 04231/63048
Elbe-Weser: Hinrich Burfeind, ☎ 04762/1593; Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, ☎ 05865/1247
Niedersachsen-Mitte: Hartmut Hollemann, ☎ 05121/510694
Südniedersachsen: Andreas Backfisch, ☎ 05508-999989, Fax: 05508-999245

Nordrhein-Westfalen

Landesverband NRW: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, ☎ 02381/9053173, Fax: 492221
Herford: Friedel Gieseler, ☎ 05221/62575
Minden-Lübbecke: August Seele, ☎ 05702/9152
Hellweg: Ulrike Ostendorff, ☎ 02307/62281, Wilhelm Ecke, ☎ 02378/2991
Sauerland: Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557
Höxter-Warburger Land: Hubertus Hartmann, ☎ 05273/35447
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, ☎ 05404/5264
Gütersloh: Erika Kattenstroth, ☎ 05241/57069
Düren: Monika Lövenich, ☎ 02425/901458
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, ☎ 02248/4761

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502, Fax: 06441/975995
Nordhessen: Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

Rheinland-Pfalz

Landesverband: Auf'm Kreuzchen 2, 56290 Wohnroth ☎ 06762/951170, Fax: 06762/951191
Regionalverband Eifel: Hermann Böttel, Holzturner Str. 6, 54636 Wolsfeld, ☎ 06568/7067, Fax: 06568/7011
Regionalverband Hunsrück-Nahe: Karin Auler-Weber, Auf dem Rech 4, 55481 Oberkostenz, ☎ 06763/601, Fax: 06763/558
Koblenz-Mayen: Engelbert Jung, ☎ 02607/552

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Guttenzell, ☎ 07352/8928, Fax: 07352/941422
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, ☎ 07443/3990, Martin Reiter, ☎ 07524/2272; Hedwig Noll, ☎ 07463/729
Nord-Württemberg: Brigitte Steinmann, ☎ 07062/61620; Ulrike Hasemeier-Reimer, ☎ 07971/8584
Göppingen: Gerhard Übele, ☎ 07166/422
Oberschwaben: Albrecht Stiefel, ☎ 0751/91171; Josef Bopp, ☎ 07352/8928
Schwarzwald-Baar: Klaus Elble, ☎ 07808/1311, Fax: 07808/910453
Ortenaukreis: Tilo Braun, ☎ 07805/5465
Bodensee: Anneliese Schmeh, ☎ 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, ☎ 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

www.abl-bayern.de
Landesverband: Andreas Remmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, ☎ 08679/6474, Fax: -9130145, e-Mail: AbL-Bayern@web.de
Regionalverband Schwaben: Josef Böck, Leipheimer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512
Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer ☎ 08847/804, Christa Schlögel ☎ 08856/5723
Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach, Hans Urbauer ☎ 08628-634, Ute Gasteiger ☎ 08039-1635
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, ☎ 08742/8039
Franken: Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480; Jasmin Berger ☎ 09565/6838

Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg: Jörg Gerke, Ausbau 5, 18258 Rukieten, ☎ 038453/20400, Fax: 038453/52131
Vorpommern: Albert Wittneben, Oberstried 4, 17089 Grischow, ☎ 039604/26856

Geschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststr. 28, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758

Arbeitskreis Frauen: Ulrike Hasemeier-Reimer, Flurstr. 6, 74405 Gaildorf-Reippersberg, ☎ 07971/8584, Fax 07971/5718

„Morgenland“ – Arbeitskreis für Leute, die auch morgen noch in der Landwirtschaft oder einem angelagerten Bereich arbeiten wollen. Arnd Berner, Zum Anger 5, 37547 Kreiensen-Opperhausen ☎ u. Fax. 05563-910705, hof_berner@hotmail.com

AgrarBündnis e.V.: Ulrike Ottenotbrock-Völker, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/44327, Fax: 931446

Neuland e.V.: Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0228/604960

Europäische Bauernkoordination EBK-CPE, Rue de la Sablonnière 18, B-1000 Brüssel, ☎ 00322/2173112, Fax 2184509, E-mail: cpe@cpefarmers.org

Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf, Haus der Landwirtschaft, Bielefelder Str. 47, 33378 Rheda-Wiedenbrück, 05242/925814, Fax: 925833, email: Andrea.Kiel@lk-wl.nrw.de

Projektbüro Hanf, Haus Düsse, Daik Lohmeyer, 59505 Bad Sassendorf/Ostinghausen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren. Adi Lambke 05864/233, Anneliese Schmeh 07553/7529, Johann Schamann 09861/3945

IG-Boden, Ansprechpartner: (Mecklenburg) Franz Joachim Bienstein, ☎ u. Fax: 03841-791273; (Vorpommern) Franz Hinnemann, ☎ u. Fax: 038331-80024; (Brandenburg) Bernd Hüsgen, ☎ 033704-66161, Fax: -66162

Bäuerchen zum Nachtisch

Viel ist nicht übrig geblieben vom einstmalen stolzen Bauernstand. In den Dörfern ist man längst die Minderheit gegenüber Jungfamilienpendlern und Pferdeleuten. In der Gesellschaft sind die Bauern entweder die dusselig-ahnungslosen Opfer der Agrarindustrie oder die mitwissenden Täter im nächsten Lebensmittel-Skandalkrimi. Und kurz vor der Pleite stehen sie sowieso. Jungbauern sind tragische Figuren in miefigen Großfamilienstrukturen, unflexibel an die Scholle gekettet, die von den Ererbschaften der Freizeitgesellschaft höchstens vom Hörensagen wissen. Und was haben sie schon anzubieten, die landläufigen Vertreter der Zunft: hormongepepptes Fleisch, giftgespritztes Gemüse.

Die Bauern und ihre Produkte im Allgemeinen (direktvermarktenden Marketingspezies und Idealentreue Ökos ausgenommen) sind eine echte Herausforderung für Werbestrategen und Image-Campaigner. Die Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) nimmt diese hin und wieder an. Mit Geldern, die ihr eigentlich niemand geben will, probiert die CMA für ein Produkt zu werben, das es gar nicht gibt, und für Bauern, die so gar nicht sind. Im neuesten Versuch,

der in den vergangenen Wochen in großen Magazinen und U-Bahnhöfen erschien, konkurriert oben erwähnter Jungbauer in Muscle-Shirt und cooler Jeanslatzhose in Sachen Sex-Appeal mit einem Krustenbraten von Muttern und Mischgemüse vom Eismann. Denn die auch anwesende, scharfe Braut

im rosa Tüllfummel trägt eine überdimensionale Stoffservierte im Dekolletée auf der geistreich zu lesen steht: „Und nach dem Essen ein Bäuerchen.“ Der Bauer als ultimatives Sexsymbol, diesmal hat die CMA alle Register gezogen. Dabei haben die Strategen außer Acht gelassen, dass das abgebildete opulente Mahl wohl eher den Verdauungstrakt in Wallung bringt als irgendwelche anderen Körperper-

fließbandgeschlachteten Massentierhaltungskeule bis zur handwerklich hergestellten Ökowurst alles bewerben und damit auch alles gleich reden zu müssen. Wie ein kommunistischer Dinosaurier hat die Gleichschaltungsinstitution der deutschen Agrarwirtschaft jegliche Debatten um Qualität und Vertrauen durch Transparenz, Vielfalt oder Regionalität, durch besondere Standards oder persönliche Handelsbeziehungen überlebt. Noch immer zahlen (fast) alle Bauern in den leidigen Absatzfonds, noch immer quält sich die CMA mit dem Geld durch lachhafte, unglaubwürdige und einfach nur grottenschlechte Werbekampagnen. So mega-oute und völlig unscharfe Produkte wie Grundnahrungsmittel sollen aufgepeppt werden durch Yuppie-Pärchen im Landhauslook, um in der breiten Masse aller Menschen, die ja bekanntermaßen essen müssen, ausgerechnet die Zielgruppe „familienbekochende, mittelalte Hausfrau und Mutter“ anzusprechen. Ist in den Werbe-Etagen der CMA noch niemandem aufgegangen, dass das alles irgendwie absurd ist? Oder träumen die dort sitzenden (wahrscheinlich mittelalten, zu Hause bekocht wer-

denden) Herren insgeheim selbst von der sündigen Hausfrau, die nach dem Kochen, Aufdecken, Abdecken, Spülen, Abtrocknen, Wegräumen, Reste der Katze geben, immer Lust hat auf erotische Spielchen zwischen Ceranfeld und Villeroy und Boch-Spüle? cs



Weitere Infos erhalten Sie unter www.cma.de oder direkt bei der CMA Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft mbH, Koblenzer Straße 148, 53177 Bonn.

Deutsche Post AG Postvertriebsstück K 12858
AbL Bauerblatt Verlags GmbH
Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

Bauernstimme

UNABHÄNGIGE Bauernstimme: für guten Geschmack

11/2002

Zutreffendes bitte ankreuzen

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36 €, im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 18,- bzw. 36,- € für Q 6 oder Q 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)

Zustelladresse

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonneten

Datum

Beruf

(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 59065 Hamm, Bahnhofstr. 31 oder FAX 02381- 492221